

” Der Euro in Schieflage “



1+2
2010

Inhalt

3 Editorial

Österreich

- 4 Wachstum, aber Dynamik lässt zu wünschen übrig
- 6 Bank Austria Konjunkturindikator: Moderate, zunehmend robustere Erholung hält an
- 7 Die Krise traf nicht alle gleich: Wie die Bundesländer durch die Wirtschaftskrise kamen
- 10 Österreichs Fremdenverkehr: Keine krisenfesten, aber eine wachstumsstarke Branche

International

- 13 Internationale Konjunktur und Finanzmärkte
- 14 CEE-Aufschwung der zwei Geschwindigkeiten

Fokus

- 16 Vom griechischen Konsum und deutschen Sparen
- 18 Was ist CSR?

Daten und Fakten

- 20 Österreich/International
- 22 Osteuropa

Die Autoren dieser Ausgabe:

Mag. Stefan Bruckbauer	Leiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria, Chefökonom Österreich
Mag. Kurt Fesselhofer	Mitarbeiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria
Gyula Toth	EEMEA Strategist, Global Economics & FI / FX Research UniCredit CAIB
Dr. Fred Luks	Mitarbeiter im Sustainability Management der Bank Austria
Mag. Walter Pudschedl	Mitarbeiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria
Mag. Günter Wolf	Mitarbeiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber: UniCredit Bank Austria AG, Schottengasse 6–8, 1010 Wien
<http://www.bankaustria.at>
E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at
Redaktion: Economics & Market Analysis Austria, Mag. Kurt Fesselhofer + 43 (0) 50505 DW 41953,
 Petra Jellen + 43 (0) 50505 DW 41952
Produktion: Corporate Culture
Redaktionsschluss: 26. April 2010
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
Druck: Gutenberg Druck GmbH, Wr. Neustadt
Produktion: www.horvath.co.at
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Publikationen-Service:

E-Mail: pub@unicreditgroup.at

Über die neuesten volkswirtschaftlichen Publikationen informieren Sie die Bank Austria EconomicNews.
 Die Anmeldung für den Gratisbezug des elektronischen Newsletters kann direkt unter <http://economicresearch.bankaustria.at> vorgenommen werden.

Haftungsausschluss:

Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für die Vollständigkeit, Richtigkeit oder Genauigkeit übernommen werden.
 Diese Publikation ist kein Angebot oder keine Aufforderung zu einem Angebot.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Aufsichtsrat: Alessandro Profumo, Vorsitzender, Chief Executive Officer, UniCredit Group; Erich Hampel, Stv. Vorsitzender; Mitglieder: Sergio Ermotti, Deputy CEO, Head of Corporate Investment Banking & Private Banking Area, UniCredit Group; Paolo Fiorentino, Deputy CEO, Head of Global Banking Services Area, UniCredit Group; Candido Fois, Chairman UniCredit Corporate Banking SpA, UniCredit Group; Roberto Nicastro, Deputy CEO, Head of Retail Area, UniCredit Group; Vittorio Ogliengo, Head of Financing & Advisory, UniCredit Group; Franz Rauch; Karl Samstg, Mitglied des Vorstandes der Privatstiftung zur Verwaltung von UniCredit Group Anteilsrechten; Wolfgang Spriffler; Wolfgang Heinzl, Vorsitzender des Zentralbetriebsrates; Adolf Lehner, 1. Stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates; Emmerich Perl, 2. Stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates; Barbara Wiedernig, 3. Stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates; Josef Reichl, Mitglied des Zentralbetriebsrates; Robert Traunwieser, Mitglied des Zentralbetriebsrates.

Vorstand: Willibald Cernko, Vorsitzender des Vorstandes; Federico Ghizzoni, stv. Vorsitzender des Vorstandes (CEE-Banking); Mitglieder: Helmut Bernkopf (Corporate & Investment Banking); Rainer Hauser (Retail); Carlo Vivaldi (CFO Finance); Stephan Winkelmeier (CRO Risk Management); Jürgen Danzmayr (Private Banking).

Grundlegende Richtung des periodischen Mediums:
 Zur Information des Kunden.

Editorial

Der Euro in Schiefelage: Gut in schlechten Zeiten, schlecht in guten Zeiten?

Stefan Bruckbauer | stefan.bruckbauer@unicreditgroup.at

Österreichs Wirtschaft wächst wieder und wir erwarten, dass dies auch noch die nächsten Quartale so sein wird. Warum, erklären wir Ihnen in unserer Prognose auf Seite 4. Unterstützt wird dies durch die relativ gute Stimmung der Industrie, wie sowohl unser EinkaufsManagerIndex als auch der Bank Austria Konjunkturindikator auf Seite 6 zeigen. Auch die einzelnen Bundesländer wachsen 2010 wieder, nachdem sie, teilweise recht unterschiedlich, von der Krise 2009 getroffen wurden, wie in unserer Analyse auf Seite 7 ausgeführt. Der Konsum stabilisierte bisher, das half auch dem Fremdenverkehr, wie der Beitrag auf Seite 10 zeigt.

Trotz dieser auf den ersten Blick positiven Aussichten gibt es zumindest drei starke Wermutstropfen, die die Freude über die beginnende Erholung nach der Weltwirtschaftskrise trüben. Das Wachstum bleibt zu schwach, um Investitionen, aber auch Beschäftigung deutlich anzukurbeln. Die Inflation steigt und, derzeit wohl am spektakulärsten, die Angst vor der hohen Staatsverschuldung, Stichwort Griechenland.

Alle drei Dinge haben mehr miteinander zu tun, als man auf den ersten Blick meint. Einmal verhindert das schwache Wachstum aus unserer Sicht einen starken Anstieg der Inflation. Gleichzeitig verhindert aber auch die hohe Staatsverschuldung und, zumindest in einigen Ländern, auch die private Verschuldung ein stärkeres Wachstum. Allerdings muss man auch fragen, ob nicht unser Wachstum im vergangenen Jahrzehnt teilweise davon geprägt war, dass Geld von den einen zu den anderen floss. Wir, das ist Österreich, aber vor allem Deutschland, waren gekennzeichnet von starker Zurückhaltung bei Konsum und Verschuldung. Dies bedeutet normalerweise wenig Wachstum, außer man findet jemanden, der einem Waren und sein Ersparnis mit Gewinn abnimmt. Griechenland war so ein Land, aber auch andere heute als Problemländer bezeichnete Staaten. Die Daten dazu liefert unser Bericht auf Seite 16.

Normalerweise sollte so eine Situation nicht allzu lange dauern, denn irgendwann wird die Bonität eines Landes hinterfragt, auch die Währung kommt unter Druck und stoppt schließlich dieses Ungleichgewicht. Im Euroland funktioniert dies aber nicht. Mitglied im Euroraum zu sein bedeutete bis vor kurzem, dass eine Abwertung unmöglich, ein Staatsbankrott de facto unmöglich ist. Daher hat man auch den sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakt erfunden, der verhindern sollte, dass eine Situation eintritt, in der ein Land unter dem Deckmantel der Stabilität des gesamten Währungsraumes eine „unsolide“ Wirtschaftspolitik macht. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat nicht funktioniert.

Wir brauchen also nicht nur eine kurzfristige Lösung des griechischen Problems, sondern eine europäische, verpflichtende Wirtschaftspolitik, zumindest eine Fiskalpolitik. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die schon bei der Lösung des relativ simplen Griechenlandproblems auftraten, eine große Herausforderung.

Zusammenfassend muss man sagen, dass der Euro eine große Hilfe am Höhepunkt der Finanzkrise war, da er zumindest für die Länder innerhalb des Euroraumes Währungsschwankungen unmöglich machte. Gleichzeitig unterstützte der Euro jedoch in den guten Zeiten vor der Krise den Aufbau von Ungleichgewichten, die so vielleicht größer werden konnten als ohne Euro. Der Euro erschwert natürlich nun auch die Auflösung der Ungleichgewichte, da er den Weg über eine nominelle Abwertung versperrt. Der nun zu beschreitende Weg der realen Abwertung wird für jene Länder, die ihn gehen müssen, allen vor Griechenland, auch bei Lösung des derzeitigen Finanzierungsproblems eine große Herausforderung. Sie läuft über jahrelange Deflation mit all ihren negativen Folgen für Beschäftigung und Einkommen. Ob dafür mehr als nur „technische Unterstützung“ durch den Weltwährungsfonds notwendig sein wird, werden wir sehen. Auch, ob noch weitere Länder diese „technische Unterstützung“ brauchen werden, werden die nächsten Monate zeigen.



Österreich

Wachstum, aber Dynamik lässt zu wünschen übrig

Kurt Fesselhofer / kurt.fesselhofer@unicreditgroup.at

Die Erholung der österreichischen Wirtschaft von der jüngsten Rezession schreitet zwar unvermindert voran, jedoch gewinnt sie kaum an Dynamik. Die Investitionen werden auch im laufenden Jahr zurückgehen und der Konsum schwächelt weiter dahin. Dank der wieder erstarkten Exporte wird das BIP-Wachstum aber voraussichtlich dennoch bei 1,3% (real) im Jahresdurchschnitt 2010 liegen. 2011 wird die Wirtschaft mit +1,4% mit einem ähnlichen Tempo wie heuer wachsen.

Auch im 4. Quartal 2009 verlief die Erholung der österreichischen Wirtschaft annähernd gleich stark wie im Vorquartal. Dennoch musste aufgrund des massiven Einbruchs in der ersten Jahreshälfte im Jahresdurchschnitt 2009 ein BIP-Rückgang von 3,6% (real) verzeichnet werden. Der Konjunkturereinbruch spiegelt sich deutlich in den Produktionszahlen der Industrie wider. Gemäß den vorläufigen Daten für 2009 sank die Produktionsleistung der Industrie gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 12%. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel der Herstellung von Textilien (-18%), dem Maschinenbau (-21,8%), der Fahrzeugherstellung (-24,4%) oder der Metallherzeugung (-26,5%) lagen die Rückgänge weit über dem Durchschnitt. Nur die Pharmaindustrie konnte als einzige Sachgüterbranche ein deutliches Produktionsplus (+9,4%) erreichen.

Positiv ist, dass die Ergebnisse der diversen Indikatoren (wie z.B. der Bank Austria Konjunkturindikator) eine Fortsetzung der seit der zweiten Jahreshälfte 2009 zu verzeichnenden Erholung erwarten lassen. Weniger gut ist allerdings, dass eine stärkere Dynamik zumindest für die nähere Zukunft aber nicht absehbar ist. Das Risiko besteht unter anderem darin, dass sich die globale Nachfrageerholung auf die weltweit eingesetzten staatlichen Konjunkturprogramme stützt und ein selbsttragender Wirtschaftsaufschwung noch nicht erkennbar ist. Aufgrund des Sanierungsdrucks in den meisten Ländern werden aber die öffentlichen Konjunkturprogramme im derzeitigen Umfang auf Dauer nicht aufrechterhalten bleiben können. Da kaum mit einer außergewöhnlich starken Konsumbelebung gerechnet werden kann, die Investitionstätigkeit eher verhalten sein wird und die Exporte allein für einen kräftigen Aufschwung nicht reichen werden, ist für 2010 nur ein Wachstum von 1,3% (real) zu erwarten.

Anzeichen für eine spürbare Belebung der Konjunktur im kommenden Jahr sind derzeit nicht zu beobachten. Die Wirtschaftsdynamik wird 2011 voraussichtlich annähernd gleich hoch wie heuer sein (+1,4%).

Europa schwächelt

Für die Weltwirtschaft gehen die Einschätzungen davon aus, dass im Jahresdurchschnitt 2010 ein BIP-Wachstum von 3,6% (real) und 2011 sogar von 3,8% zu erwarten ist. Wie schon in den letzten Jah-

ren wird dies vor allem auf den dynamischen asiatischen Raum (ohne Japan in beiden Jahren jeweils +8,4%) zurückzuführen sein. China wird mit +10% bzw. +9,7% wieder ein herausragendes Ergebnis erzielen und auch das indische Wirtschaftswachstum von 7,7% bzw. 7,8% kann sich sehen lassen.

Auch die US-Wirtschaft weist derzeit ein kräftiges Wachstum aus, sodass für den Jahresdurchschnitt 2010 mit einer BIP-Zunahme um 3% (real) gerechnet wird. 2011 wird der Konjunkturaufschwung mit voraussichtlich 2,5% fortgesetzt. Eher auf Sparflamme wird sich die japanische Wirtschaft erholen: Das Wachstum von 1,4% (2010) bzw. 1,6% (2011) wird bei weitem nicht ausreichen, den massiven Rückgang der beiden Vorjahre (2009: -5,3%; 2008: -0,7%) zu egalisieren.

Noch langsamer als in Japan wird die Erholungsphase im Euroraum verlaufen. Nach dem Einbruch 2009 (-4%, real) wird das Plus 2010 (+0,9%) und 2011 (+1,3%) nur sehr schwach ausfallen. Einerseits wird der Aufschwung durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Spanien, Griechenland, Portugal, Irland und auch Italien belastet (diese Länder haben einen Anteil am BIP des Euroraumes von fast zwei Fünftel, wobei die spanische Wirtschaft 2010 um etwa 0,7% schrumpfen und die italienische Wirtschaft mit +0,5% nur ein sehr schwaches Ergebnis erzielen wird), andererseits müssen in allen Euro-Ländern die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden, mit entsprechenden konjunkturbremsenden Effekten. In Deutschland und in Frankreich wird 2010 das BIP voraussichtlich um jeweils 1,4% anwachsen, 2011 um 1,5% bzw. 1,6%.

Weniger als im Jahr 2005

Der Einschnitt bei der Exporttätigkeit war beachtlich: Gemäß den vorläufigen Daten der Statistik Austria erreichten die Warenexporte 2009 nur einen Betrag von 94,2 Milliarden Euro (nominal) und lagen damit um rund 0,5 Milliarden Euro unter dem Ergebnis von 2005. Die Volumenzuwächse von 3 Jahren gingen mit einem Schlag verloren. Gegenüber 2008 bedeutet dies einen Rückgang um fast 20%.

Volumsmäßig die höchsten Rückgänge waren in Europa zu verzeichnen (mehr als 20 Milliarden Euro bzw. 20,7%), und von den wichtigsten Handelspartnerländern vor allem die Exporte nach Spanien (-37,5%), Ungarn (-31,3%), Polen (-24,5%), Italien (-23,1%), in die Tschechische Republik (-22,1%), Slowakei (-21,4%), nach Großbritannien (-19,7%), Slowenien (-19,5%), Deutschland (-16,5%) und Frankreich (-15,5%).

Überdurchschnittlich waren auch die Rückgänge in die USA (-22,4%), während die Exporte nach Asien mit einem Rückgang von rund 1 Milliarde (-11%) deutlich weniger abnahmen.

Real betrug der Rückgang der Warenexporte 2009 im Jahresdurchschnitt 17,7%. Die in der zweiten Jahreshälfte 2009 einsetzende Erholung der Exporttätigkeit wird sich auch im Beobachtungszeitraum fortsetzen, wobei sich aber die Dynamik etwas verlangsamen wird, nicht zuletzt durch das Auslaufen der internationalen staatlichen Konjunkturprogramme sowie des nachlassenden Nachholeffekts krisenbedingt aufgeschobener Bestellungen. Für 2010 rechnen wir mit +5,4%, für 2011 mit +4% (real).

Die Importe gingen 2009 um 14,7% zurück. Die Wachstumsraten für 2010 und 2011 werden voraussichtlich +4,3% bzw. +3,8% betragen.

Wenig Lust zum Investieren

Trotz beginnender Konjunkturerholung herrscht bei den vorhandenen Kapazitäten nach wie vor eine Unterauslastung vor, sodass der Bedarf für Kapazitätsausweitungen auf breiter Front nicht gegeben ist. Die weiterhin vorherrschende Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung lässt bei den Unternehmen keine Bereitschaft zu einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen aufkommen. Nach dem Rückgang von 12,1% (real) im Jahr 2009 muss auch für 2010 mit einem Minus von 1% gerechnet werden. Erst 2011 erwarten wir eine Verbesserung (+4%).

Auch 2010 im Minus

Die Bauwirtschaft wies 2009 mit -6,1% (real) ein kräftiges Minus aus. Im laufenden Jahr wird die Bauwirtschaft ebenfalls schrumpfen, wenn auch mit -1% in deutlich milderer Form als im Vorjahr.

Die Wohnbautätigkeit wird auch in naher Zukunft keine stärkere Dynamik entwickeln und bei den Industriebauten ist die Stimmung unterkühlt. Angesichts bevorstehender Budgetsanierungsmaßnahmen muss auch im Infrastrukturbereich mit einem Nachlassen der Investitionstätigkeit gerechnet werden. 2011 wird mit +/-0 ebenfalls ein schwaches Baujahr.

Besser, aber noch keine Entwarnung

Der Arbeitsmarkt zeigte in den letzten Monaten durchaus auch positive Signale. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen hat im März 2010 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres erstmals wieder leicht zugenommen, bei den unselbständig Beschäftigten wurden im Vergleich zum Vorjahr etwas mehr Personen gemeldet und die Arbeitslosigkeit ist leicht gesunken. Weniger positiv ist der hohe Anstieg der Schulungsteilnehmer (die als Beschäftigte und nicht als Arbeitslose in der Statistik geführt werden), der allein im Februar gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 44% emporschnellte. Auch wurde vermehrt auf den Abbau von Überstunden, Kurzarbeitsmodelle und Erhöhung der Flexibilität durch Leiharbeiter zurückgegriffen. Die Arbeitslosenquote könnte 2010 wie im Vorjahr bei 7,2% verharren (AMS; 5,1% Eurostat; 2009: 4,8%). 2011 erwarten wir Quoten von 7,1% bzw. 5,0%.

Arbeitsmarkt dämpft Konsum

Die auch weiterhin angespannte Situation am Arbeitsmarkt, ein leicht rückläufiges verfügbares Einkommen (real), das Auslaufen der Impulse aus der Steuerreform und die wenig erfreuliche Diskussion über Einführung neuer und/oder Erhöhung bestehender Steuern belastet die Konsumbereitschaft der Bevölkerung. Dass dennoch der private Konsum 2010 real um 0,7% zunehmen wird, geht immer mehr zu Lasten der Sparquote, die heuer nur mehr knapp über 10% liegen wird (2008 lag sie noch bei 12%). 2011 wird der private Konsum voraussichtlich um 1% ansteigen.

Anstieg der Preise

Der seit einigen Monaten andauernde Trend zu steigenden Verbraucherpreisen (bis Jänner 2010 auf 1,2%) wurde zwar im Februar unterbrochen (+1,0%), erreichte aber im März mit 2% einen neuen Spitzenwert. Einmal mehr zeigt diese Entwicklung die starke Abhängigkeit des Preisniveaus von den Rohstoffpreisen, wobei vor allem die in letzter Zeit wieder anziehende Ölpreisentwicklung maßgeblich die Inflation beeinflusst. Für das laufende Jahr gehen wir von einer Preissteigerung um 1,8% aus. Auch 2011 sollte der Anstieg mit 2% moderat verlaufen.

Konjunkturprognose Österreich

Wachstum real, in %	Bank Austria Prognose							
	2006	2007	2008	2009	2010	April 2010		
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,5	3,5	2,0	-3,6	1,3	=	1,4	x
Privater Konsum	1,8	0,8	0,8	0,4	0,7	+	1,0	x
Bruttoanlageinvestitionen	2,4	3,8	1,0	-7,8	-1,0	-	1,8	x
Ausrüstungsinvestitionen	-0,5	5,0	0,0	-12,1	-1,0	-	4,0	x
Bauinvestitionen	2,8	2,9	1,8	-6,1	-1,0	=	0,0	x
Exporte im weiteren Sinn	7,5	9,4	0,8	-15,5	5,2	+	4,0	x
Importe im weiteren Sinn	5,3	7,3	-0,7	-13,6	4,3	-	3,8	x
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	2,8	3,6	3,2	1,8	2,0	+	2,0	x
Verbraucherpreisanstieg	1,5	2,2	3,2	0,5	1,8	+	2,0	x
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	4,8	4,4	3,8	4,8	5,1	+	5,0	x
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	6,8	6,2	5,8	7,2	7,2	-	7,1	x

Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria / + Der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht. / - Der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt. / = Gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung. / x In der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert.

Österreich

Bank Austria Konjunkturindikator

Moderate, zunehmend robustere Erholung hält an

Walter Pudschedl / walter.pudschedl@unicreditgroup.at

- Bank Austria Konjunkturindikator nach Aufwärtstrend im März stabilisiert
- Industrie weiter im Aufwind, Konsumentenstimmung belastet
- Wachstumsaussichten mittelfristig begrenzt

Der noch etwas stotternde Konjunkturmotor beginnt stabiler und runder zu laufen. Damit verringert sich das Risiko, dass er unvermittelt wieder abstirbt. Aber die Drehzahl nimmt vorläufig nicht weiter zu. Dieses Bild vermittelt der aktuelle Bank Austria Konjunkturindikator, der im März auf einen Wert von 1,0 zurückgefallen ist, nach 1,1 im Vormonat. Der Aufwärtstrend des Indikators, der fast ein Jahr angehalten hat, ist nun vorerst unterbrochen. Die Stimmung in der europäischen Industrie befindet sich zwar ungebrochen im Aufwind. Der mit Österreichs Außenhandel gewichtete, europäische Vertrauensindikator verbesserte sich jüngst sogar erheblich stärker, da gerade in den österreichischen Hauptmärkten angesichts einer günstigen Nachfrageentwicklung besonders zuversichtlich nach vorne geblickt wird. In diesem verbesserten europäischen Umfeld sehen auch die heimischen Industrieunternehmen die zukünftige Entwicklung etwas rosiger. Die Stimmung unter den Konsumenten hat sich aufgrund der angespannten Situation am Arbeitsmarkt und der Erwartung von neuen steuerlichen Belastungen dagegen nun einzutrüben begonnen. Das aktuelle Konjunkturklima lässt darauf schließen, dass die derzeitige, moderate Wachstumsdynamik vorerst weitgehend gehalten werden kann.

Keine maßgeblichen Wachstumskräfte in Sicht

Nach dem Anstieg des BIP im Schlussquartal 2009 um 0,4 % zum Vorquartal (saisonbereinigt) sind nach unserer Einschätzung im Jahresverlauf 2010 Wachstumsraten von 0,3 bis 0,4 % zum Vorquartal zu erwarten. Für das Gesamtjahr 2010 bleibt unsere BIP-Prognose unverändert bei 1,3 %. Angesichts der limitierenden Faktoren für alle Nachfragekomponenten ist auch mittelfristig von keiner maßgeblichen Beschleunigung der Dynamik auszugehen. Wir rechnen für 2011 mit einem Anstieg des BIP um 1,4 %. Die Auslandsnachfrage wird zwar die Dynamik in Österreich weiter tragen, angesichts des erwarteten Abbaus der weltweiten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte mittelfristig jedoch kein starker Wachstumsträger sein können. Während der private Konsum durch die angespannte Lage am Arbeitsmarkt noch längere Zeit belastet sein und die Investitionstätigkeit u.a. wegen des noch unzureichenden Auslastungsgrads der Unternehmen zurückhaltend bleiben wird, sind vor allem von der öffentlichen Seite, die für die laufende Belebung der Konjunktur gesorgt hat, keine frischen Wachstumsimpuls zu erwarten. Die Bestrebungen zur Rückführung der gestiegenen Budgetdefizite und der Abbau der Verschuldung werden in den kommenden Jahren den konjunkturpolitischen Spielraum der öffentlichen Hand eng begrenzen. Insgesamt bedeutet dies, dass unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mittelfristig für Österreichs Wirtschaft keine maßgeblichen Faktoren für eine spürbar höhere Wachstumsdynamik auszumachen sind.

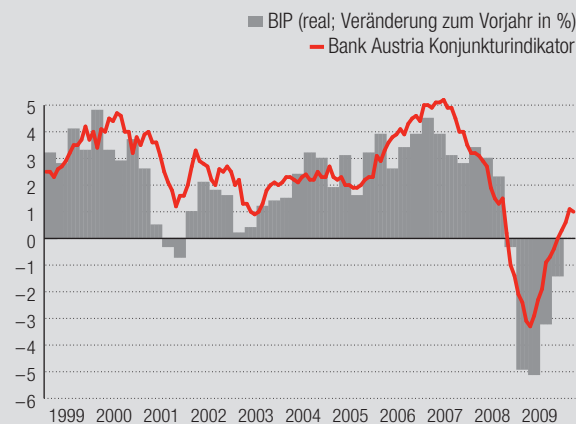
Bank Austria Konjunkturindikator Österreich

Der Bank Austria Konjunkturindikator versucht eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben. Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation zu erhalten, die über die Befragung der Industrie hinausgeht.

Die Komponenten des Bank Austria Konjunkturindikators sind:

- Das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %).
- Das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %).
- Das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %).
- Das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem EU Business and Consumer Survey. Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums. Der Durchrechnungszeitraum für die Standardisierung (er bestimmt in hohem Maß das Niveau des Indikators, nicht die Entwicklung im Zeitverlauf) wird dabei immer wieder aktualisiert. Seit Jänner 2008 erfolgt die Standardisierung auf Basis des gleitenden Durchschnitts der vergangenen zehn Jahre.



Quelle: Statistik Austria, Wifo, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, eigene Berechnungen

Österreich

Die Krise traf nicht alle gleich

Wie die Bundesländer durch die Wirtschaftskrise kamen

Walter Pudschedl / walter.pudschedl@unicreditgroup.at

Angesichts der globalen Konjunkturkrise standen die Bundesländer mit einer hohen Export- und Industrieorientierung 2009 vor besonders großen Herausforderungen. Starke Dienstleistungsregionen waren strukturell hingegen im Vorteil. Die von der ausländischen Nachfrage ausgehende Erholung mischt die Karten für 2010 jedenfalls komplett neu.*

Die internationale Wirtschaftskrise hatte Österreich im vergangenen Jahr fest im Griff. Nach dem dramatischen Einbruch der Konjunktur zum Jahresbeginn ist im Gesamtjahr 2009 trotz der Mitte des Jahres einsetzenden Erholung die heimische Wirtschaft um 3,6% geschrumpft.

Stärkstes Minus in der Steiermark – Burgenland und Wien mit günstigstem Trend

In den einzelnen Bundesländern war die Wirtschaftskrise jedoch nicht in gleichem Ausmaß spürbar. Die Steiermark und Oberösterreich zeigten sich nach unserer Einschätzung am stärksten betroffen und haben eine überdurchschnittliche Verringerung der Wirtschaftsleistung hinnehmen müssen. Auch Kärnten hat, bedingt durch die bereits länger bestehenden Strukturschwächen, einen recht deutlichen Einbruch um rund 4% erlitten. Dagegen haben die unter den gegebenen Rahmenbedingungen vorhandenen strukturellen Vorteile im Burgenland und in Wien die vergleichsweise günstigste Wirtschaftsentwicklung Österreichs zugelassen. Wir schätzen den Rückgang des BIP in diesen Bundesländern auf „nur“ rund 2,5%.

Exportorientierung und hoher Industrieanteil waren 2009 ein Nachteil

Für den gesamtwirtschaftlichen Einbruch in Österreich war im vergangenen Jahr hauptsächlich die Entwicklung in der Industrie verantwortlich. Der Produktionssektor, der für rund 20% der Gesamtwirtschaft steht, hat 2009 rund 70% des gesamten BIP-Rückgangs um 3,6% verursacht.

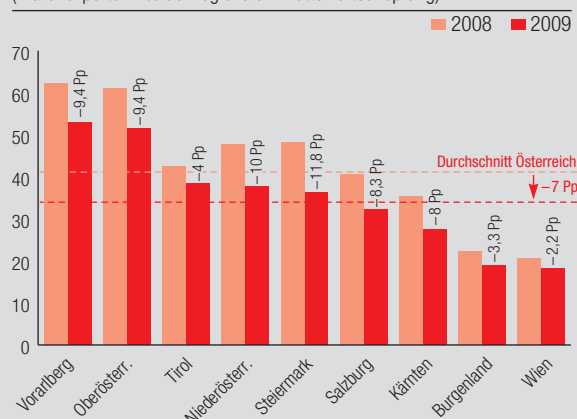
Inwieweit die einzelnen Regionalwirtschaften stärker oder schwächer als die gesamtösterreichische Wirtschaft von der Krise betroffen waren, bestimmte sich im Wesentlichen durch drei Faktoren: 1. Die Exponiertheit der regionalen Wirtschaft. Sie war von ganz entscheidender Bedeutung, denn die internationale Konjunkturkrise schwappte über den Außenhandel auf Österreich über.

Die österreichischen Warenexporte verringerten sich in der Folge deutlich und sanken 2009 um rund 20% im Vergleich zum Jahr davor. Das Exportvolumen ist damit unter das Niveau von 2006 zurückgefallen. Innerhalb kurzer Zeit ist die gesamte Expansion von fast drei Jahren vernichtet worden. Jene Bundesländer mit einer hohen Exportorientierung gerieten demnach stark unter Druck. Dazu zählen Vorarlberg und Oberösterreich, die im Jahr 2008 eine Exportquote von über 60% des BIP auswiesen. Dagegen haben das Burgenland und Wien die geringste internationale Verflechtung (siehe Grafik 1).

2. Die Stärke des Industriesektors. Jene Bundesländer, die eine besonders starke Ausrichtung auf die Industrie aufweisen, hatten besonders ungünstige Voraussetzungen, um die Wirtschaftskrise erfolgreich zu meistern. Denn die Leidtragende des massiven, globalen Rückgangs der Investitionsgüternachfrage war die heimische Industrie, die für rund 70% der österreichischen Exporte verantwortlich zeichnet. Die heimische Sachgütererzeugung, die insgesamt rund 600.000 Arbeitnehmer beschäftigt, spürte daher die Konjunkturlaute von allen Wirtschaftszweigen am stärksten. Im Jahr 2009 musste die verarbeitende Industrie einen Produktionsrückgang in Österreich um über 13% real hinnehmen, bei einem Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung von rund 20%. In Österreich gerieten damit insbesondere die traditionellen Industriehochburgen Oberösterreich, die Steiermark sowie Vorarlberg in den Fokus der Krise. Wien, Burgenland und Salzburg haben dagegen nur einen verhältnismäßig kleinen Industriesektor.

Grafik 1: Exportquoten im Vergleich

(Warenexporte in % der regionalen Bruttowertschöpfung)



Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

*) Eine detaillierte Analyse der Wirtschaftsentwicklung in den österreichischen Bundesländern mit einem Ausblick auf das Jahr 2010 sind in der neuen Publikation der Bank Austria „Bundesländer Überblick“ enthalten. Die Broschüre ist auf der Homepage der Bank Austria gratis zum Download verfügbar (<http://economicresearch.bankaustria.at>).

3. Der „richtige“ Branchenmix. Denn die einzelnen Branchen der Sachgütererzeugung waren in sehr unterschiedlichem Ausmaß von der Konjunkturschwäche betroffen. In den traditionellen Investitionsgüterbranchen brach die Produktion massiv ein. Bei der Metall-erzeugung betrug das Minus über 26 %, im Fahrzeugbau und im Maschinenbau fast 22 %. Dagegen blieb bei stärker konsumabhängigen Branchen, wie dem Nahrungsmittelsektor, der Rückgang mit weniger als 2 % sehr moderat und wenige Bereiche, wie z. B. die Pharmawirtschaft, konnten dank Sonderfaktoren deutlich zulegen.

Branchenmix entscheidend

Nicht automatisch führte daher der höchste Exportanteil auch zum stärksten Einbruch bei der Industrieproduktion, weil der Branchenmix für die tatsächliche Entwicklung sehr wesentlich war. So hätte die Industrie Vorarlbergs und Oberösterreichs eigentlich am stärksten von der Krise betroffen sein müssen. Vor allem in Vorarlberg hat der Sektor mit einem Rückgang um 9,2 % jedoch eine vergleichsweise geringe Produktionseinbuße erlitten. Die Vorarlberger Industrie ist nicht so stark in jenen Branchen engagiert, die 2009 von der Krise betroffen wurden, wie die Metall-erzeugung und der Fahrzeugbau. Dagegen weist das Ländle Stärken in der relativ stabilen Nahrungsmittelindustrie und in der Möbelerzeugung auf. Umgekehrt gilt für die Salzburger und Kärntner Industrie, dass trotz einer relativ geringen Exportlastigkeit die regionale Industrie aufgrund eines eher ungünstigen Branchenmix unerwartet stark einbrach, wobei die negative Entwicklung in Salzburg allerdings durch einen Sondereffekt in der Papierindustrie (Schließung der Papierfabrik Hallein) beeinflusst war. Erwartungsgemäß hat aufgrund einer für die vergangene Konjunkturkrise ungünstigen Branchenzusammensetzung die Steiermark den stärksten Rückgang in der Sachgütererzeugung hinnehmen müssen. Die Produktion sank 2009 um durchschnittlich fast 20 %. Dafür war die hohe regionale Bedeutung der krisengeplagten Metall-erzeugung, in der fast 10 % der steirischen Industriebeschäftigten tätig sind, und des Fahrzeugbaus (Beschäftigtenanteil: 10,5 %) verantwortlich. Entsprechend den Erwartungen in Hinblick auf die geringe Exportausrichtung hielten sich die Einbußen der

Wiener Produktionsunternehmen tatsächlich in Grenzen. Der Rückgang in der Sachgütererzeugung um real 6,4 % war der geringste aller österreichischen Bundesländer im Jahr 2009.

Bau hält dagegen, besonders im Burgenland und in Oberösterreich

Wenn auch die Sachgütererzeugung im vergangenen Jahr die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Bundesländern entscheidend geprägt hat, waren auch die Trends in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich wesentlich. Dank gezielter Initiativen durch die öffentliche Hand, wie der Förderung thermischer Sanierung, der Aufstockung der Wohnbauförderungen und dem Vorziehen von Infrastrukturprojekten, hat die Bauwirtschaft 2009 zur Abmilderung des Konjunktoreinbruchs beitragen können. Mit knapp über 2 % fiel der Produktionsrückgang am Bau, der für mehr als 7 % der österreichischen Wirtschaftsleistung verantwortlich ist, deutlich geringer aus als in der Industrie und hat daher „nur“ rund 5 % des gesamten BIP-Rückgangs von 3,6 % verursacht.

In Vorarlberg, Kärnten, Tirol und der Steiermark fiel der Einbruch im Sektor jedoch überdurchschnittlich stark aus. Auch in Salzburg erzielte der Bau ein schwaches Ergebnis, doch das unterdurchschnittliche Gewicht dämpfte hier den Einfluss auf die Gesamtentwicklung. Wien, das den geringsten Bauanteil aller Bundesländer hat, fuhr ein durchschnittliches Bauergebnis ein und in Niederösterreich konnte der Rückgang durch Förderungen, die auf den Hochbau wirkten, begrenzt werden. Doch nur im Burgenland, wo der Hochbau durch Fördermaßnahmen besonders stark profitierte und in Oberösterreich, dank eines guten Tiefbauergebnisses, konnte der Bau einen positiven BIP-Beitrag liefern.

Dienstleistungen stabilisierten

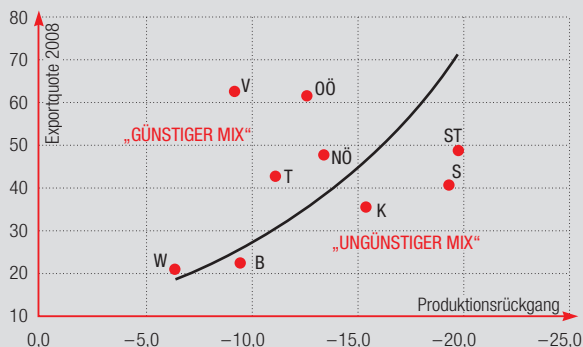
Auch der Dienstleistungssektor konnte den Konjunktoreinbruch des Vorjahres etwas dämpfen. Die Binnenkonjunktur und insbesondere der private Konsum blieben trotz der ungünstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt weitgehend stabil. Die öffentliche Verwaltung, der

Grafik 2: Sachgütererzeugung in den Bundesländern
(Anteil an der Bruttowertschöpfung in %)



Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Grafik 3: Betroffenheit der Bundesländer durch die Krise



Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Gesundheits- und Bildungsbereich und das Sozialwesen waren Zweige, die 2009 eine überproportional günstige Entwicklung genommen haben. Auch der Einzelhandel hat sich, gestützt auf die Steuerreform, besser als die Gesamtwirtschaft entwickelt. Einige tertiäre Bereiche haben jedoch auch deutlich negativ auf die Konjunkturschwäche reagiert. Dazu zählten einige der wirtschaftsnahen Dienste, das Transportgewerbe und der Fremdenverkehr, der den Nachfrageausfall kaufkräftiger Touristen aus weiter entfernten Ländern nicht mit einheimischen Gästen wettmachen konnte. Abhängig von der Bedeutung des Sektors für das einzelne Bundesland, die zwischen 57 % (Oberösterreich) und fast 83 % (Wien) der Gesamtwirtschaft ausmacht, sowie der unterschiedlichen Branchenzusammensetzung war die stabilisierende Wirkung in den Bundesländern sehr verschieden. In Tirol und im Burgenland sorgte der Sektor nach unseren Berechnungen sogar für einen positiven Beitrag zum BIP. In Tirol war dafür fast ausschließlich die Entwicklung bei öffentlichen Dienstleistungen, direkt in der Verwaltung bzw. auch im Gesundheits- und Sozialwesen verantwortlich. Im Burgenland war das leichte Plus zudem auf den Einzelhandel und den Fremdenverkehr zurückzuführen. Vor allem dank einheimischer Gäste konnte 2009 sogar ein Nüchternungsplus von 2 % verbucht werden, während im Bundesdurchschnitt ein geringfügiger Rückgang verzeichnet werden musste. Auch in Vorarlberg überraschte die Entwicklung im Dienstleistungssektor positiv, wozu der Einzelhandel und der Bildungsbereich einen Beitrag leisteten. Dagegen kam es in Oberösterreich, Kärnten und in Wien zu einem verhältnismäßig deutlichen Rückgang. In diesen drei Bundesländern sorgte vor allem die besonders nachteilige Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen, die mit den Sachgüterbereichen an der globalen Nachfrageschwäche litten, für einen Dämpfer. Die Branchen Lager-, Transport-, Kurier- und Wachdienste sowie die Arbeitskräfteüberlassung waren zumeist besonders stark betroffen. In Wien wurde zudem der Fremdenverkehr, der auf Kongress-tourismus setzt und überdurchschnittlich von Geschäftsreisenden abhängig ist, von der Krise deutlich berührt.

Konjunkturerholung 2010 mit umgekehrten Vorzeichen

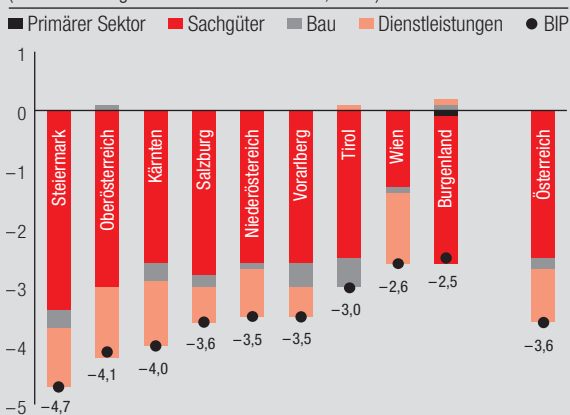
Für 2010 sind die Karten neu gemischt, denn bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 hat ausgehend von der Belebung der internationalen Nachfrage infolge der weltweiten Konjunkturstützungsprogramme die Erholung der heimischen Wirtschaft eingesetzt.

Der Nutznießer der Erholung ist somit die in der Krise so stark gebeutelte exportorientierte Industrie, für die wir nach dem Einbruch des Vorjahres im laufenden Jahr einen Anstieg um etwa 4 % erwarten. Die günstigsten Aussichten, verlorenes Terrain wieder aufzuholen, haben daher Bundesländer mit starker Industrieorientierung, sofern sie strukturell breit aufgestellt und international wettbewerbsfähig sind. Dazu zählen nach unserer Einschätzung insbesondere Oberösterreich und Vorarlberg. Diese Bundesländer sind gegenüber den Dienstleistungszentren, insbesondere Wien, damit 2010 eindeutig im Vorteil. Denn die Wachstumsaussichten für jene Regionalwirtschaften, die eine stärkere Ausrichtung auf die Herstellung konsumorientierter Güter bzw. auf die Erbringung von Dienstleistungen haben, werden im laufenden Jahr durch die zurückhaltende Entwicklung des privaten Konsums infolge der ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt belastet. Zudem wird das Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme in diesen Bundesländern die Dynamik besonders stark dämpfen.

Während wir für die gesamtösterreichische Wirtschaft einen moderaten Anstieg um 1,3 % im laufenden Jahr erwarten, bestehen angesichts der strukturellen Zusammensetzung der regionalen Wirtschaften für die meisten westlichen Bundesländer etwas günstigere Aussichten. Dagegen sind die südlichen und die östlichen Bundesländer 2010 mit etwas ungünstigeren Rahmenbedingungen konfrontiert und werden vom internationalen Rückenwind, der die Erholung in Österreich antreibt weniger zu spüren bekommen.

Grafik 4: Wirtschaftsentwicklung in den Bundesländern

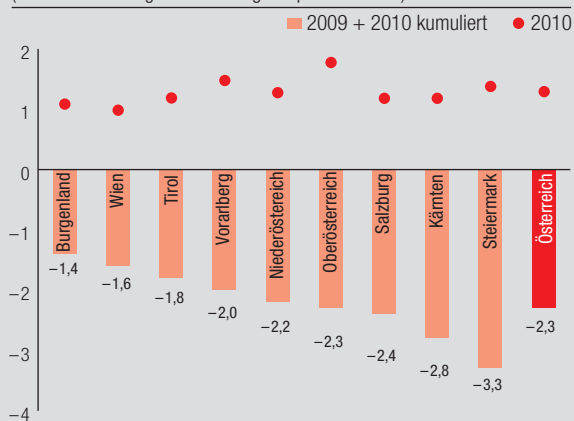
(mit den Beiträgen der einzelnen Sektoren, 2009)



Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Grafik 5: Wirtschaftsentwicklung 2009/2010

(reale Veränderung des Bruttoregionalprodukts in %)



Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Österreich

Österreichs Fremdenverkehr

Keine krisenfeste, aber eine wachstumsstarke Branche

Günter Wolf / guenter.wolf@unicreditgroup.at

Der Fremdenverkehr verbuchte 2009 mit einem Nachfragerückgang von knapp 1 % und Umsatzeinbußen von etwa 3 % ein im internationalen Vergleich zufriedenstellendes Ergebnis und konnte Marktanteile zurückgewinnen. Österreich bleibt eine der wichtigsten Tourismusdestinationen Europas und der Fremdenverkehr eine überdurchschnittlich dynamische Branche im Land. Langfristig können weitere Anteilsverluste am globalen Touristenstrom aber nicht verhindert werden.

Tourismusjahr 2009

Nach vier wachstumsstarken Tourismusjahren fand die Erfolgsgeschichte des heimischen Fremdenverkehrs 2009 ein vorläufiges Ende. Im Rezessionsjahr belastete die schwache, zum Teil rückläufige Konsumnachfrage die Reisebereitschaft in allen wichtigen Herkunftsmärkten. Infolgedessen ist die Zahl der Reisen deutlich gesunken. Allerdings wurden viele Fernreisen durch kürzere Aufenthalte in nahen Destinationen ersetzt. In diesem Umfeld erwies sich die Konzentration des heimischen Fremdenverkehrs auf nahe gelegene Zielmärkte beziehungsweise auf inländische Urlauber/innen als ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil. Die Zahl deutscher, niederländischer und italienischer Gäste in Österreich ist 2009 im Vergleich zu 2008 kaum gesunken und die Zahl der Österreicher/innen, die im eigenen Land ihren Urlaub verbrachten, sogar um 2,6 % gestiegen.

Insgesamt wurden 2009 um 2,6 % weniger Gästeankünfte aus dem Ausland verbucht, ein im internationalen Vergleich moderates Minus. Weltweit ist die Zahl der internationalen Gästeankünfte um 4 % gesunken. Das heißt, dass im Krisenjahr 2009 der Anteil Österreichs am globalen Touristenstrom sogar wieder gestiegen ist.

Gästeübernachtungen in Österreich

	1997–2007 Ø Vdg. p.a.	2008 Vdg. z. Vorjahr	2009 Vdg. z. Vorjahr	2009 in 1.000
Gesamt	1,1 %	4,3 %	–1,9 %	124.307
davon:				
Inländer	1,5 %	2,6 %	1,7 %	34.443
Ausländer	0,9 %	5,0 %	–3,2 %	89.864
Wichtigste Herkunftsländer				
Deutschland	–0,9 %	4,1 %	–2,6 %	48.859
Niederlande	3,1 %	5,2 %	–1,2 %	9.452
Schweiz	2,9 %	–3,8 %	2,2 %	3.641
Großbritannien	4,7 %	–0,3 %	–16,7 %	3.264

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Die Bilanz 2009 blieb dennoch negativ: Die Ankünfte und Übernachtungen in- und ausländischer Gäste sind um knapp 1 % respektive um 2 % gesunken, die Reiseverkehrseinnahmen und die Branchenwertschöpfung jeweils um 3 % nominell.

Schwache Erholung 2010

Für 2010 kann nur mit einer schwachen Erholung des Fremdenverkehrs gerechnet werden. Die ersten Ergebnisse für die im April zu Ende gehende Wintersaison bestätigen die Erwartungen für das laufende Jahr, dass Österreichs Reiseverkehrseinnahmen nochmals leicht, um etwa 2 % nominell, schrumpfen werden. Maßgeblich für das weitere Minus ist der wahrscheinliche Nachfragerückgang von Seiten ausländischer Gäste als Folge der schwachen Konjunkturerholung in Westeuropa. Vor allem fehlt die Nachfrage aus Deutschland. Die Ergebnisse der jüngsten Tourismusanalyse für Deutschland zeigen, dass Österreich als Reiseziel in der Gunst deutscher Urlauber/innen 2010 etwas zurückfällt. Demnach planen nur mehr 3,2 % der deutschen Reisenden einen Aufenthalt in Österreich; 2009 waren es noch 4,2 % (Q. BAT; Deutsche Tourismusanalyse 2010; Österreich bleibt aber das viertwichtigste Urlaubsland der Deutschen, hinter Spanien, der Türkei und Italien).

Erst 2011 sollten in den wichtigsten Zielmärkten die Einkommen, die Konsumnachfrage und in weiterer Folge auch die Lust aufs Reisen wieder steigen und dem österreichischen Fremdenverkehr zu leichten Einnahmewachsen verhelfen.

Erfreuliche internationale Tourismusperspektiven

Die Zahl internationaler Gästeankünfte ist 2009 weltweit um 4 %, in Europa um rund 6 % und in Österreich um 2,6 % gesunken. Ein massiver Rückschlag für eine Branche, die langfristig praktisch kontinuierlich gewachsen ist, gemessen an den Ankünften in den letzten zehn Jahren weltweit um durchschnittlich 3,6 % im Jahr, in Europa um 2,5 % und in Österreich immerhin um 2 %. Allerdings kann der internationale Tourismus die Einbußen zum Teil bereits 2010, spätestens 2011 wieder ausgleichen. Die Branche profitiert grundsätzlich vom zunehmend leichteren Zugang zu neuen Märkten und von den Reiseerleichterungen in Form einfacherer und billigerer Verkehrsverbindungen. Darüber hinaus garantiert der wachsende Wohlstand einer immer älteren, aber relativ gesunden Bevölkerung für eine kontinuierlich steigende Reiselust. Auf dieser Basis wird sich das Wachstum des globalen Touristenstroms relativ schnell wieder auf sein langfristiges Niveau im Bereich von 3 bis 4 % im Jahr einpendeln, in Europa auf 2 bis 3 % (Q. World Travel & Tourism Council, WTTC).

Obwohl Europa in Zukunft weitere Marktanteile verliert, vor allem an asiatische Destinationen, bleibt der Kontinent zumindest noch für die nächsten zehn Jahre das beliebteste Reiseziel und der wichtigste Tourismusmarkt der Welt. In Europa werden weiterhin mehr als die Hälfte der internationalen Gästeankünfte registriert (460 Mio. von weltweit 880 Mio. 2009) beziehungsweise mehr als die Hälfte aller Reiseverkehrseinnahmen verbucht (280 Mrd. € von insgesamt 549 Mrd. € 2009). Laut WTTC wird Europas Anteil an den Tourismuseinnahmen auch 2020 noch 44 % erreichen.

Gleichzeitig verliert die Destination Österreich Anteile am globalen Touristenstrom. Die rasche Globalisierung des Sektors, angetrieben von der sukzessiven Öffnung neuer Märkte und noch immer günstigen Flugpreisen, kostet wie in der Vergangenheit weitere Marktanteile.

Wachstumsgrenzen und Marktanteilsverluste des österreichischen Fremdenverkehrs

Auch wenn Österreichs Fremdenverkehr immer wieder hohe Zuwächse in außereuropäischen, überdurchschnittlich dynamischen Märkten verbuchen konnte, blieb die Branche stark auf nahe, vergleichsweise gesättigte Reisemärkte konzentriert. Dieser wichtige Wettbewerbsvorteil im Krisenjahr 2009 war langfristig von Nachteil. So sorgen die Gäste aus nur fünf Märkten, inklusive Österreich, seit mehr als einem Jahrzehnt praktisch unverändert für rund 80 % der Übernachtungen (die Reiselust der Deutschen, auf deutsche Gäste entfielen 2009 39 % der Übernachtungen in Österreich, ist in den letzten Jahren sogar kontinuierlich gesunken, wobei die Zahl der Reisenden wie die Zahl der Reisen ins Ausland rückläufig waren). Österreichs Anteile am weltweiten Touristenstrom und an den internationalen Reiseverkehrseinnahmen sind jeweils von 3,3 % 1995 auf 2,3 % 2009 gesunken.

Damit die Tourismusdestination Österreich den Anschluss an die internationale Entwicklung nicht verliert, muss die Fremdenverkehrswirtschaft verstärkt Gäste aus neuen, noch nicht gesättigten

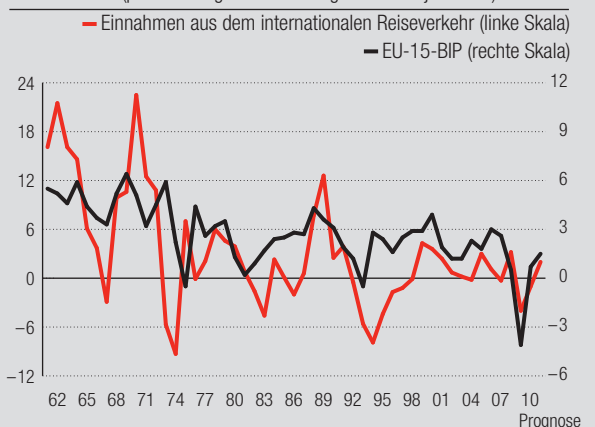
Märkten ansprechen. In dem Zusammenhang wäre die Umsetzung der Maßnahmen aus der im Februar 2010 verabschiedeten „neuen“ Tourismusstrategie des Wirtschaftsministeriums auf jeden Fall eine Grundlage für die weitere qualitative Aufwertung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Fremdenverkehrs.

Tourismusdestination Österreich ist konkurrenzfähig

Österreich zählt trotz der Marktanteilverluste weiterhin zu den wichtigsten Tourismusdestinationen Europas, wobei im Vergleich der Gesamteinnahmen aus dem internationalen Tourismus nur die großen Länder, Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland und Großbritannien, deutlich vor Österreich liegen; sogar die Türkei verdient im internationalen Tourismus nur wenig mehr (vgl. Grafik). Bezogen auf die Zahl der Einwohner/innen sind die Reiseverkehrsexporteinnahmen in Europa nur in den Kleinststaaten Luxemburg mit 6.300 € und in Zypern mit 2.400 € höher als in Österreich mit 1.800 € (jeweils 2008).

In Österreich selbst zählt der Fremdenverkehr zu den überdurchschnittlich dynamischen Branchen, die langfristig im Vergleich zur Gesamtwirtschaft relativ mehr Arbeitsplätze und mehr Wertschöpfung generierten (1998–2008, Tourismuswertschöpfung + 70 %, insgesamt + 49 %). Die relativ hohen Einnahmen und das hohe Wertschöpfungswachstum sind Ausdruck der Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Fremdenverkehrs, der nicht nur über eine weitgehend einzigartige und schwer kopierbare Angebotspalette, insbesondere im Winter-, Städte- und Kulturtourismus, verfügt, sondern auch das Angebot sehr erfolgreich an die Nachfrage anpassen konnte. Mit der kontinuierlichen Aufwertung der Qualität der Fremdenverkehrsinfrastruktur wurde das Preis-Leistungsverhältnis verbessert, die Nachfrage nach höheren Qualitäten ist überdurchschnittlich rasch gestiegen und damit auch die Einnahmen pro Übernachtung. Das Einnahmewachstum war ausreichend hoch, um die einnehmendämpfenden Effekte des zunehmend schwächeren Wachstums des Gästestroms und der rückläufigen Aufenthaltsdauer zu kompensieren.

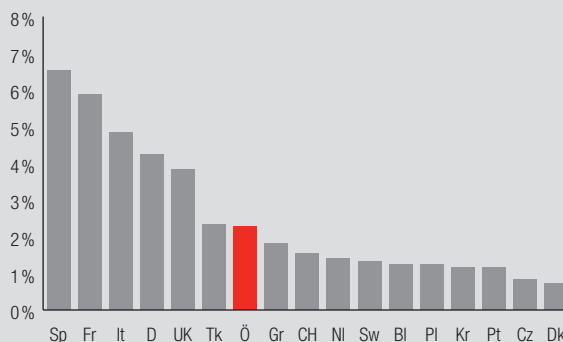
Tourismusexport Österreichs und EU-Wirtschaftswachstum (preisbereinigte Veränderungen zum Vorjahr in %)



Quelle: Eurostat, OeNB, WIFO, Eurostat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Marktanteile wichtiger europäischer Reiseziele

(Anteile an den globalen Deviseneinnahmen im Reiseverkehr, 2008*)



Quelle: IMF, OeNB; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria
 *) ohne Personentransport

Die Zahl der Österreichbesucher und -urlauber/-innen wächst fast kontinuierlich (in den letzten dreißig Jahren sind die Ankünfte nur in sechs Jahren, zuletzt 2009, leicht gesunken), allerdings immer langsamer. Zudem werden die Gästeaufenthalte kürzer. Der Übernachtungsrekord von 130 Mio. 1991 und 1992 wurde nicht mehr erreicht. Insgesamt sind die Gästeübernachtungen in den dreißig Jahren um durchschnittlich 0,3% im Jahr gestiegen, die Übernachtungen in Hotels und Pensionen um 0,6% im Jahr und in 4/5-Stern-Unterkünften um 3,8% jährlich. Gleichzeitig wurden im Fremdenverkehr aber Einnahmewachse von durchschnittlich 4% im Jahr verbucht, zwischen 1997 und 2008 sogar ohne Unterbrechung.

Weitere Straffung der Kapazitäten ist erforderlich

Mit der Restrukturierung der Branche sind nicht nur die durchschnittliche Angebotsqualität, sondern auch die Betriebsgrößen gestiegen. So ist die Zahl der gewerblichen Beherbergungsbetriebe in den letzten 25 Jahren um knapp 40% auf 17.000 Betriebe geschrumpft, die Zahl der Betten aber nur um 9%. Damit ist die Bettenauslastung bei den Gewerbebetrieben von 29% am Tiefpunkt Mitte der 80er Jahre bis auf 40% 2008 gestiegen. Erst 2009 hat die Kapazitätsauslastung in beiden Saisonen und in allen Kategorien wieder deutlich gelitten, wobei die Quote auf durchschnittlich 37% gesunken ist und 2010 vermutlich nochmals leicht sinken wird, da vorerst mit keiner nennenswerten Erholung der Nachfrage und einem leichten Nächtigungsminus zu rechnen ist.

Die Entwicklung zeigt, dass die sukzessive Verbesserung der Angebotsqualität die Grundlage war, um neue Nachfragesegmente anzusprechen beziehungsweise die sich laufend verändernde Gästefrage nicht zu verlieren. Damit konnten einerseits die Beherbergungskapazitäten besser ausgelastet werden, ohne diese nennenswert zu verringern, andererseits das Angebot zu höheren Preisen verkauft werden; infolgedessen sind die Einnahmen rascher als die Nachfrage gestiegen.

Dennoch dürften die Beherbergungskapazitäten in Österreich für eine langfristig rentable und krisensichere Branchenstruktur noch zu hoch sein. Mit der steigenden Angebotsqualität konnte zwar die Einnahmen-

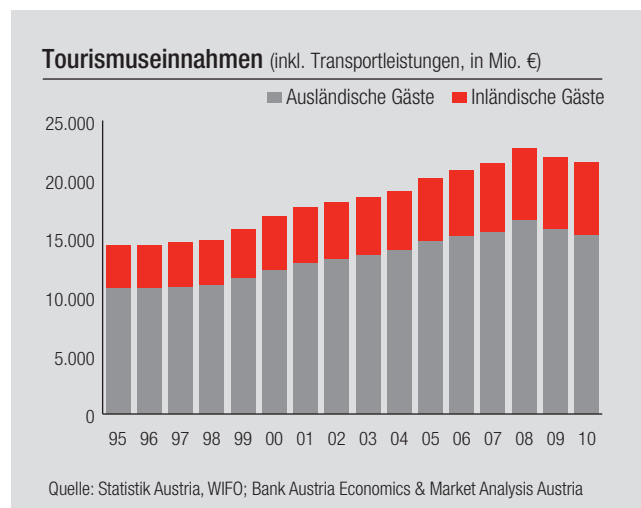
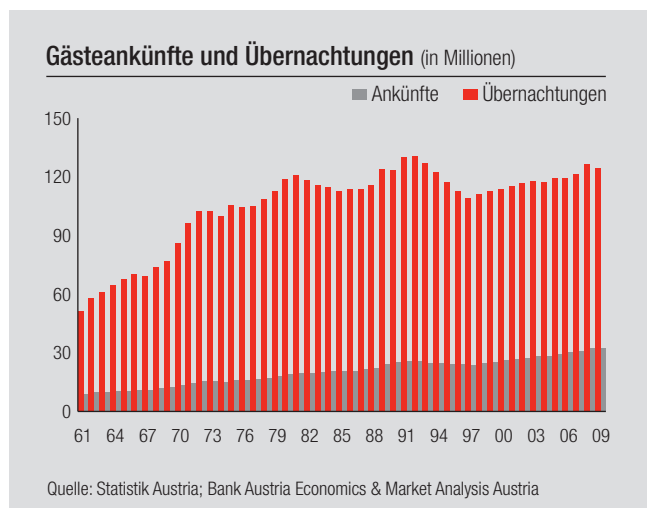
entwicklung im Fremdenverkehr stabilisiert, die Einnahmefälle infolge struktureller Nachfrageänderungen aber nicht zur Gänze kompensiert werden. Marktanteile gingen auch deshalb verloren, weil sich die Tourismuskapazität nur mehr bedingt mit dem Angebot steuern lässt. Das Fremdenverkehrsangebot muss oft an die sich laufend verändernde Nachfrage angepasst werden, was angesichts der preissensiblen, kritischen und längst weit gereisten Gäste, die ohne Aufwand unter einem globalen Angebot wählen können, zunehmend schwieriger wird.

Mögliche Chancen und Risiken für Österreichs Fremdenverkehr

Letztendlich darf in der Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit beziehungsweise um die Marktanteilsverluste des heimischen Fremdenverkehrs nicht außer Acht gelassen werden, dass eine noch intensivere touristische Nutzung der natürlichen Ressourcen des Landes die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen wahrscheinlich nachhaltig schädigt. Die Branche stößt in einzelnen Regionen und in bestimmten Segmenten längst an ihre Wachstumsgrenzen.

Diese Beschränkungen, der zunehmende Konkurrenzdruck und die skizzierten Nachfrageänderungen machen die Ausrichtung der Branche auf einige zentrale Themen, in denen Österreichs Fremdenverkehr Kompetenz und Wettbewerbsstärke beweist, unabdingbar (die jüngste Tourismusstrategie nennt hier die Alpen, die Donau, Städte und Kultur). Allerdings ist die Umsetzung der Themenschwerpunkte auf Projektebene sensibel. Ob das Angebot erfolgreich verkauft werden kann, hängt meistens von einem Bündel von Faktoren ab und weniger davon, ob es dem jüngsten Nachfragetrend entspricht (was angesichts der wachsenden Differenzierung der Nachfrage auch immer schwieriger wird). Erfolgsentscheidender sind viel mehr

- die Angebotsqualität, sowohl des Einzelbetriebs als auch der touristischen Infrastruktur;
- die fachliche Kompetenz der Unternehmer, eine hohe Qualifikation der Beschäftigten und
- ein hohes Maß an Kooperationen zwischen den Betrieben selbst und mit den öffentlichen Institutionen, beispielsweise in Bezug auf das Regionalmarketing.



International

Internationale Konjunktur und Finanzmärkte

Europa in den Untiefen griechischer Gewässer

Walter Pudschedl / walter.pudschedl@unicreditgroup.at

Die Weltwirtschaft setzt ihren Wachstumspfad vorerst sogar beschleunigt fort, ein grundsätzlich günstiges Umfeld für die Finanzmärkte. Es ist aber vor allem eine technische Erholung, der im weiteren Jahresverlauf bereits ein Rückschlag droht, bevor es danach wieder leicht aufwärts geht. Die Zinsen bleiben noch länger auf Rekordtiefstand, gut für den Aktienmarkt. Einige Unsicherheitsfaktoren lassen jedoch Bewegung erwarten, vor allem auch auf den Devisenmärkten.

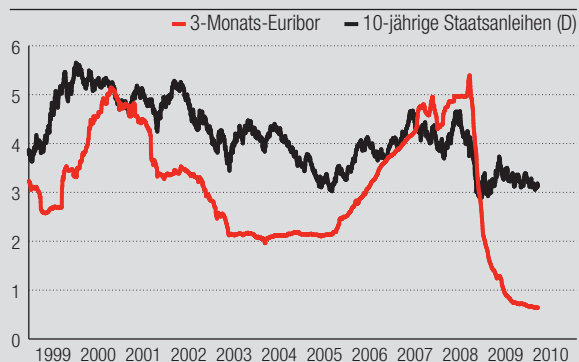
Die laufende Erholung wird 2010 ein weltweites Wirtschaftswachstum um 3,6% zulassen. China bzw. einige asiatische Tiger, die die letztjährige Trendwende als erste schafften, bleiben auch künftig an der Spitze der Wachstumsliga. Die Industriestaaten hinken weiter hinterher. Gut schlägt sich noch die USA, die im 4. Quartal 2009 mit +5,6% (annualisiert) das stärkste Wachstum seit sechs Jahren erreichte. Trotz einer kleinen sommerlichen Wachstumsdelle wird die US-amerikanische Wirtschaft der Krise des Vorjahrs (BIP: -2,4%) mit einem Plus um 3% entwichen. Der magere BIP-Anstieg um nur 0,1% zum Vorquartal war Ende 2009 ein spürbarer Rückschlag der Erholung in der EU, hauptsächlich durch die Trends in Deutschland, Italien und Spanien verursacht. Das Tempo der Erholung dürfte auch in den kommenden Quartalen niedrig bleiben. Insgesamt sollte das EU-weite BIP 2010 nur um 0,9% zulegen können, nach dem starken Rückgang um 4% im Vorjahr.

Während Indien im ersten Quartal den Zinsanhebungszyklus schon begonnen hat, mehren sich die Signale, dass auch China bald folgen könnte. Angesichts der durchwachsenen Konjunkturerholung

werden die Fed und die EZB am aktuell niedrigen Leitzinsniveau hingegen noch länger festhalten. Erst Anfang 2011 ist in diesen Währungsräumen ein Zinsschritt zu erwarten, wenn auch durch andere Maßnahmen die Geldpolitik langsam verschärft werden wird. Mit näher rückenden Zinsschritten wird der zunehmende Risikoappetit vor dem Hintergrund wieder besserer Konjunktur- und Unternehmenszahlen für einen spürbaren Renditeanstieg bei Anleihen sorgen. Zusammen mit dem wachsenden Angebot an Treasuries erwarten wir die zehnjährigen US-Renditen per Jahresende 2010 bei 4,5% (aktuell: 3,8). Die deutschen Pendanten (aktuell: 3,1%) dürften im Wesentlichen den US-Vorgaben folgen, allerdings erst im Frühjahr 2011 die 4%-Marke erreichen.

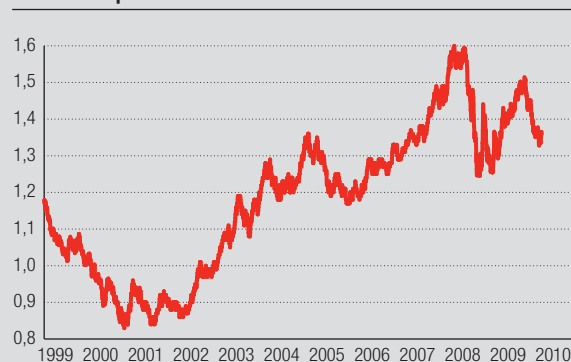
Die Diskussionen um Griechenlands Staatsfinanzen haben in den ersten Monaten des laufenden Jahres nicht nur die Anleiherenditen an der EU-Peripherie beeinflusst. Auch die Entwicklung an den Aktienmärkten war deshalb sehr volatil und der Euro-Wechselkurs kam unter Druck. Das Umfeld für Aktien war jedoch anhaltend günstig: Dow Jones, DAX und ATX gingen auf einem 1 ½ Jahres-Hoch aus dem ersten Quartal. Durch die niedrigen Anleihezinsen und verbesserten Unternehmensaussichten bleiben Aktienveranlagungen vorerst weiter attraktiv. Nach der momentanen Schwächephase sollte sich mit einer Entspannung der Debatte um Griechenland der Euro gegenüber dem US-Dollar befestigen und im Sommer wieder über 1,40 steigen. Sobald der erste Fed-Zinsschritt näher rückt, dürfte der Dollar jedoch wieder zulegen können und Ende 2010 bei 1,38 notieren.

Zinssätze Euroraum



Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, Thomson Financial

US-Dollar per Euro



Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, Thomson Financial

International

CEE-Aufschwung der zwei Geschwindigkeiten

Gyula Toth / gyula.toth@caib.unicreditgroup.eu

CEE: Die exportgetriebene Erholung läuft an ...

Die gute Nachricht lautet: Die Kennzahlen haben sich in jedem Bereich in der gesamten Region verbessert. Polen konnte ein negatives Wachstum vermeiden, während die Türkei überaus positiv überraschte. Im Detail sehen die Daten jedoch ganz gemischt aus. Die Exporte erwiesen sich als wichtigster Wachstumstreiber, während die Inlandsnachfrage schwach blieb und sogar zurückging bzw. in vielen Ländern unerwartet schlecht abschnitt.

... doch die nächsten Quartale könnten mit negativen Überraschungen aufwarten

Obwohl das bei einer normalen Erholung durchaus nichts Außergewöhnliches ist, befürchten wir, die Wachstumsdaten könnten in den kommenden Quartalen noch einige unerfreuliche Überraschungen bringen:

1. Die jüngsten Wirtschaftsdaten sehen etwas ungünstiger aus als erwartet, während unsere Gruppe das Wachstum der Eurozone mit relativer Vorsicht betrachtet;
2. Ähnlich zur Situation in Westeuropa glauben wir nicht, dass sich die Inlandsnachfrage (vor allem die private Nachfrage) der CEE-Staaten in den kommenden Quartalen wieder erholen wird, und begründen dies mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wiederum enttäuschenden jüngsten Einzelhandelsdaten.

Langfristige Perspektive

Dies lässt vermuten, dass die EEMEA-Region insgesamt vor einem Aufschwung der zwei Geschwindigkeiten steht (robustere Exporte und schwächere Inlandsnachfrage). Betrachtet man die konkrete Situation anhand der Konjunkturzyklen, stellt man fest, dass die all-

gemeinen Stimmungsindikatoren in allen Ländern (außer Bulgarien) nach oben zeigen, jedoch noch weit hinter ihren langfristigen Durchschnittswerten zurückliegen. Und man erkennt auch, dass das Bild im Verbrauchersektor angesichts eines Stimmungsindikators, der unterhalb des langjährigen Durchschnitts liegt, unklar bleibt.

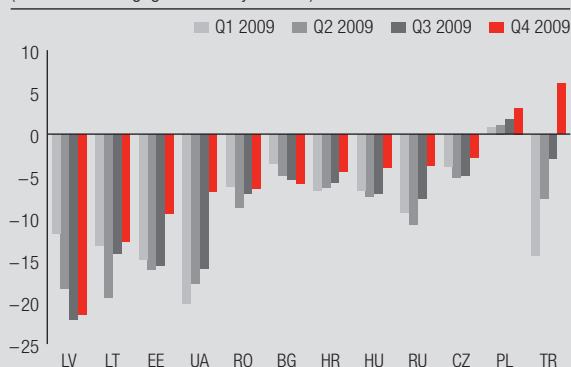
Der Schwerpunkt dürfte sich in Richtung Wettbewerbsfähigkeit im Exportbereich verlagern

Nach entsprechender Prüfung der einzelnen Länder nahmen wir gegenüber den letzten BIP-Prognosen nur relativ geringe Änderungen vor:

1. Wir bleiben bei unserer Ansicht, dass das türkische BIP-Wachstum jenes aller anderen Länder der Region deutlich übertreffen wird (4,5% bei einem verhältnismäßig gesunden Bankensektor, deutliche Lockerung der Geldpolitik während der Krise und voraussichtliche Verschiebung von einem durch den öffentlichen Sektor bestimmten Wachstum hin zu Investitionen und privater Nachfrage).
2. Der polnische BIP-Ausblick lässt uns relativ unbeeindruckt (vor allem jener für das 2. Halbjahr 2010) und wir bleiben bei unserer Prognose eines Wirtschaftswachstums von 2,6%.
3. Pessimistisch sehen wir auch Länder mit einem fixen Wechselkursregime, weil wir glauben, dass die Anbindung ihren Preis in Form des BIP-Wachstums 2010 fordern wird. Nachdem wir unsere Währungsprognose zu diesen Ländern geändert haben, sehen wir auch für 2011 keine überzeugende Erholung. Was die Zeit nach 2011 betrifft, rechnen wir jedoch mit einem jährlichen BIP-Wachstum von rund 4% (welches das Wachstum der EWR-Länder um rund 2,5 Prozentpunkte übersteigen wird). Wir begründen diese Ansicht mit dem geringeren Bedarf an budgetpolitischen Anpass-

Starke Outperformance des türkischen Wachstums

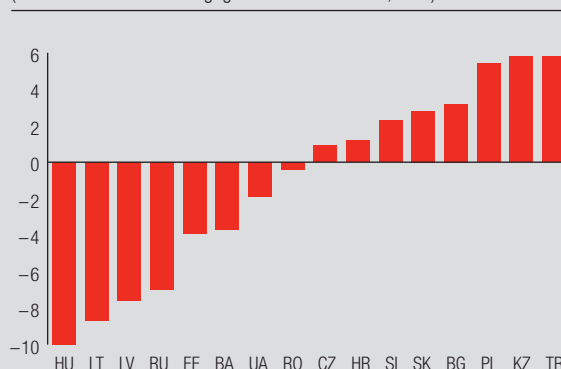
(BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %)



Quelle: Nationale Statistikbehörden, UniCredit Research

Kredite an Privatsektor

(Wachstum Jänner 2010 gegenüber Jänner 2009, in %)



Quelle: Nationale Statistikbehörden, UniCredit Research

sungen, mit der Entschuldung des Bankensektors, den nach wie vor verhältnismäßig niedrigen Arbeitskosten und dem allgemeinen Spielraum für eine weitere reale Konvergenz. Andererseits werden manche Länder angesichts der offensichtlichen Überhitzung vor der Krise (insbesondere in den baltischen Staaten) voraussichtlich auch mittelfristig den damaligen Stand nicht mehr erreichen.

Die Kerninflation blieb in der ganzen Region, abgesehen von der Türkei, bei ihrem Abwärtstrend. Ausschlaggebend dafür waren relativ niedrige Inflationszahlen der G3, die geringe Kapazitätsauslastung und die nach wie vor gedämpfte Inlandsnachfrage. Für die Zukunft sehen wir in Bezug auf die EEMEA-Region das Risiko einer unerwartet hohen Inflation nur durch die Rohstoffpreise (und in einigen Fällen durch behördliche Preiserhöhungen) gegeben. Obwohl im Jahresabstand die Ölpreise in USD um rund 65 % gestiegen sind, stellen wir fest, dass die Festigung der Währungen im letzten Jahr die negativen Auswirkungen in den lokalen Währungen teilweise abgefedert hat. Allerdings erwarten wir, dass einige Zentralbanken demnächst vor einem interessanten Dilemma stehen könnten. Einerseits möchten sie nämlich keine allzu starken Währungen tolerieren, während andererseits festere Währungen (und geldpolitische Bedingungen) dazu beitragen könnten, die negative Wirkung der höheren Rohstoffpreise auszugleichen. Die Türkei wird unserer Ansicht nach im 1. Quartal möglicherweise eines der deutlichsten Beispiele für einen markanten Anstieg der Kerninflation sein (+300bp), zurückzuführen allerdings teilweise auf ungünstige Basiseffekte. Auch für die Zukunft sehen wir in der Türkei das größte Inflationsrisiko. Dort ist die Zentralbank bemüht, ein Gleichgewicht zwischen Wachstum und Inflation herzustellen, indem die Zinsen auf längere Zeit niedrig gehalten werden, während wir das Gefühl haben, dass der Aufwärtszyklus gerade in der Türkei am stärksten ausgeprägt ist. Insgesamt sehen wir für die gesamte Region eine eher günstige Entwicklung der Inflation und erwarten aus diesem Grund auch weitere Zinssenkungen in Ungarn, Rumänien und Russland. Für die Tschechische Republik und Polen haben wir

unsere Erwartungen einer Zinserhöhung nach hinten verschoben, während unserer Ansicht nach nur die Türkei 2010 in einen ernsthafteren Zinserhöhungszyklus eintreten sollte.

Im letzten Quartal hat sich der Schwerpunkt eindeutig hin zur Sanierung der öffentlichen Haushalte in Westeuropa verschoben.

Im selben Zeitraum erwiesen sich die EEMEA-Märkte als relativ widerstandsfähig, was wir auf ihre soliden Budgetkennzahlen zurückführen. Betrachtet man die einzelnen Länder und die verschiedenen Maßnahmen, die für eine fiskalpolitische Nachhaltigkeit getroffen wurden, so stellen wir fest, dass EEMEA-Länder in vielen Fällen nicht nur besser als die Peripherie der Eurozone, sondern auch besser als der EU-Durchschnitt abschneiden.

1. Die zyklisch bereinigte Primärbilanz 2010 wird in Bulgarien und Ungarn am besten ausfallen. Nur Lettland befindet sich mit einem Primärdefizit von 6 % des BIP am unteren Ende der Rangliste.

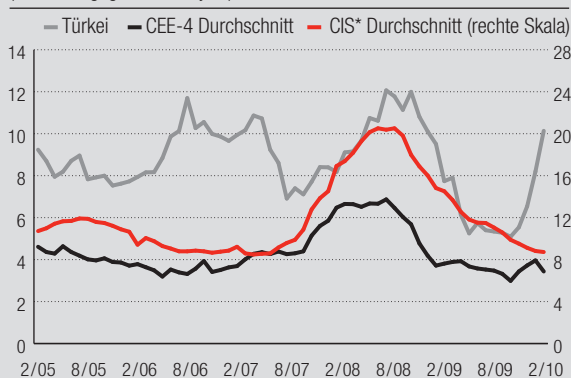
2. Was die Verschuldung des öffentlichen Sektors betrifft, liegt nur Ungarn über dem EU-Durchschnitt, während alle anderen EEMEA-Länder eine bessere Performance aufweisen.

3. Auch bei den Zinsaufwendungen sieht es deutlich besser aus als im EU-Durchschnitt und nach der jüngsten markanten Erholung der Anleihenmärkte in lokalen Währungen erwarten wir auch hier eine weitere Verbesserung.

4. Langfristige Nachhaltigkeit: Die Geschichte sieht sogar noch erfreulicher aus, wenn man einen Blick auf den EU-Bericht über die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte wirft, der altersbezogene Ausgabenhochrechnungen bis 2060 ausweist. In dieser Aufzählung (offensichtlich unter Berücksichtigung der Annahme, dass es zu keinem Wechsel des gegenwärtigen Kurses kommen wird) erscheint Polen als das einzige EU-Land, das in den nächsten 50 Jahren keine altersbezogenen Ausgabensteigerungen zu befürchten hat. Alle Länder der Euro-Peripherie finden sich am Ende der Skala. Doch so positiv diese Nachrichten auch sein mögen, müssen wir doch anmerken, dass sich Emerging Europe nicht vollständig abkapseln kann, weil fiskalpolitische Korrekturen im Westen längerfristig ungünstige Auswirkungen auf die Exporte der CEE-Staaten haben werden.

Regionale Inflationstrends

(Kern-VPI, gegenüber Vorjahr)

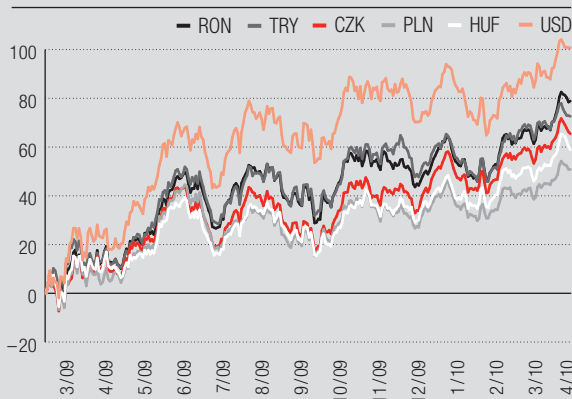


*) CIS: Commonwealth of Independent States

Quelle: Nationale Statistikbehörden, Bloomberg, UniCredit Research

Kumulierte Ölpreisänderungen

(in verschiedenen lokalen Währungen)



Quelle: Nationale Statistikbehörden, Bloomberg, UniCredit Research

Fokus

Vom griechischen Konsum und deutschen Sparen

Stefan Bruckbauer | stefan.bruckbauer@unicreditgroup.at

Das Dilemma rund um Griechenland ist nur der Kulminationspunkt einer Reihe von Ungleichgewichten. Einige sparen zu viel, andere konsumieren zu viel, beide ergänzen sich prächtig, bis die Rechnung präsentiert wird.

In den letzten Monaten hat sich die Situation rund um Griechenland deutlich verschlechtert. Was auf den ersten Blick wie eine, zwar unangenehme, aber doch im Vergleich zur Finanzmarktkrise eher nebensächliche Entwicklung aussah, führte im Verlauf der ersten Monate 2010 zur schwersten Krise der Gemeinschaftswährung seit ihrem Bestehen 1999.

Was war geschehen und warum kann ein Land, das gerade einmal 2,6 % der Wirtschaftsleistung des gesamten Währungsraumes und 5 % der gesamten Staatsverschuldung hat, die Existenz des gesamten Euros gefährden? Zudem liegt die gesamte Staatsverschuldung des Euroraums, gemessen an seiner Wirtschaftsleistung, auch aktuellsten Schätzungen des IWF zufolge am Ende der Finanzkrise mit erwarteten 88 % 2011 unter dem Wert der USA von 97 %. Beide Argumente führten lange dazu, die sogenannte „Griechische Tragödie“ nicht wirklich ernst zu nehmen. Auch wir waren zu Beginn der Entwicklung nicht wirklich überzeugt, dass dieses Problem ernsthaft den Euroraum gefährden könnte, auch wenn hier bereits in der Vergangenheit öfter auf die problematische wirtschaftspolitische Konstruktion des Euroraumes hingewiesen wurde.

Die Gründe dafür, dass die Situation so eskalierte und wir heute in einer heftigen Diskussion über die Zukunft des Euroraum stecken, sind:

1. Die unwesentlicheren Gründe:

Wie bereits in der Vergangenheit hat sich die wirtschaftspolitische Koordination im Euroraum als eine Katastrophe herausgestellt. Das Selbst-

lob der EU, sie hätte in der Finanzmarktkrise rasch und gut funktioniert, musste man schon damals ernsthaft hinterfragen. Im Wesentlichen funktioniert die EU, wenn sie beschließt, jeder kann machen, was er will und niemand wird gezwungen, etwas zu tun, was er nicht will. Dies war bei der Krise um Griechenland nicht mehr möglich.

Das wiederholte Fehlverhalten Griechenlands (vor allem auch hinsichtlich der „falschen Zahlen“) machte von Beginn an einen faulen Kompromiss für viele Wirtschaftspolitiker innenpolitisch unmöglich.

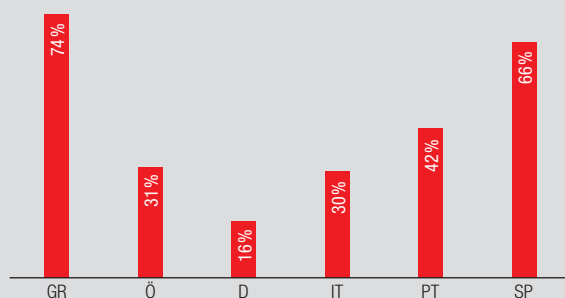
2. Die wesentlichen Gründe:

Die Situation um Griechenland zeigt uns im Kleinen, was weltweit ein Problem ist. Manche Länder exportieren mehr, andere importieren mehr. Diese anhaltenden Ungleichgewichte waren schlussendlich auch wesentlich für die Finanzmarktkrise ausschlaggebend. Weltweit steht zur Lösung dieses Problems unter anderem eine Abwertung/Aufwertung zur Verfügung. Diese Option hat Griechenland nicht. Damit hat der Euroraum jene Situation erreicht, vor der zu Beginn der Währungsunion immer wieder gewarnt wurde. Ein Land, oder vielleicht mehrere Länder, haben sich in eine sehr schwierige Lage gebracht. Weniger aufgrund der Schulden (aber auch dies scheint derzeit unlösbar), mehr aber aufgrund der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit. Immerhin sind die Löhne pro Beschäftigten in Griechenland seit 2000 um rund 50 % gestiegen, in Österreich um rund 25 %, in Deutschland gar nur rund 10 %. In dieser Situation hat man früher abgewertet.

Noch schwieriger in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass dieses Problem kein einmaliges Ereignis darstellt, sondern ein Systemfehler des Euro ist, der bisher keine besondere Aktualität hatte. Lediglich bei der Diskussion um die Einhaltung des sogenannten

Grafik 1: Konsumwachstum seit 2000

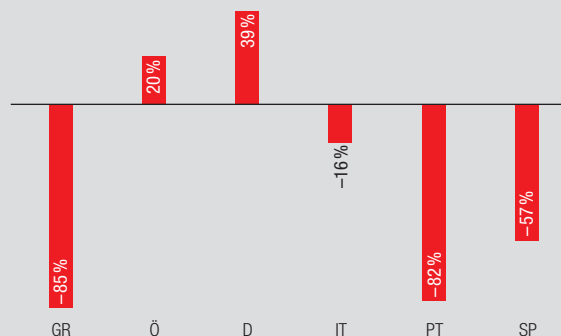
(in % nominell, 2000 bis 2008)



Quelle: Eurostat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Grafik 2: Leistungsbilanzsaldo

(in % des BIP kumuliert, 2000 bis 2008)



Quelle: OECD, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Stabilitäts- und Wachstumspaktes war bereits in der Vergangenheit deutlich geworden, dass die wirtschaftspolitische Koordination im Euroraum nicht funktioniert. Bereits 2003, damals aus relativ belanglosen und eher formalen Gründen, hat man dem Pakt die ihm langsam wachsenden Zähne gezogen (im übrigen federführend Deutschland und Frankreich). Diese Koordination gibt es zwar auch in anderen großen Währungsräumen nicht, der Preis dafür ist aber der fiskalische Ausgleich zwischen den Starken und den Schwächeren. Dafür gibt es derzeit im Euroraum keinerlei Mehrheit.

Allerdings ist es falsch zu glauben, ohne Griechenland gäbe es kein Problem. Griechenland ist ein Teil der wirtschaftlichen Realität des abgelaufenen Jahrzehnts, bei der jeder seinen Vorteil hatte, für die aber nun die Rechnung präsentiert wird. Beispielhaft soll dies an den zwei Extremländern Griechenland und Deutschland gezeigt werden, aber auch an Österreich (als kleines Deutschland) und Ländern wie Spanien, Portugal und (mit Einschränkung) auch Italien kann man diese Tendenz erkennen.

Einige konsumieren, andere sparen

In den letzten zehn Jahren hat sich eine deutlich differenzierte wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Euroraumländern vollzogen. Auf der einen Seite Länder wie Griechenland, das mit einem Konsumwachstum von in Summe 74 % seit 2000 eine kräftige Inlandsnachfrage zeigte. Ähnlich die Dynamik in Portugal (42 %) und vor allem Spanien (66 %). Wesentlich getrieben auch von stärkeren Lohnzuwächsen. Ganz anders die Situation in Deutschland, der Konsum wuchs im gleichen Zeitraum lediglich um magere 16 %, in Österreich noch immerhin um 31 %, ähnlich in Italien (30 %).

Eine für die dynamischen Länder unangenehme Folge war, dass deutlich mehr importiert als exportiert wurde. So sammelte sich für Griechenland in Summe ein Leistungsbilanzdefizit von rund 85 % des BIP an, für Portugal waren es noch immerhin 82 %, für Spanien 57 %. Auf der anderen Seite zeigten die Länder mit schwachem Konsum eine gegenteilige Entwicklung, sowohl Deutschland als auch Österreich erreichten in diesem Zeitraum einen Leistungsbilanzüberschuss von immerhin 20 % in Österreich und 39 % in Deutschland.

Klarerweise ist das Defizit Griechenlands nicht automatisch unser Überschuss, aber doch ein Teil. So konnte Österreich in den letzten zehn Jahren rund 4 Mrd. Euro mehr nach Griechenland exportieren als importieren, immerhin über 2 % des griechischen BIP. Auch mit Spanien gelang uns ein Überschuss von fast 10 Mrd. Euro oder über 1 % des spanischen BIP. Natürlich ist dies nicht alleine auf unsere Konsumzurückhaltung, sondern auch wesentlich auf unsere konkurrenzfähigere Industrie zurückzuführen. Aber am Ende des Tages ist der Überschuss des einen Landes das Defizit eines anderen. Umgekehrt exportierte das Konsum verweigernde Deutschland mehr nach Österreich, d.h. Deutschland profitierte vom etwas stärkeren Konsum in Österreich, immerhin über 4 % des deutschen BIP.

Eine weitere negative Konsequenz aus dem Konsumboom in manchen Ländern ist die Tatsache, dass nicht der gesamte Konsum durch Einkommenszuwächse bezahlt wurde, vieles ging „auf Kredit“. Der starke Anstieg der Schulden etwa Griechenlands war nur zum Teil auf den Staat, sondern auch auf Firmen und private Haushalte zurückzuführen. Jeder trug rund ein Drittel zum Anstieg von 163 % bei. In Spanien und Portugal spielte der Anstieg privater Schuld sogar noch eine stärkere Rolle. Aber auch hier zeigt sich wieder das gleiche Bild. Allen voran lag der Anstieg der Schulden in Deutschland mit 24 %, aber auch in Österreich mit 45 % deutlich unter den Konsumländern, wobei die privaten Haushalte in Deutschland sich in den letzten zehn Jahren überhaupt nicht zusätzlich verschuldeten. Dies schaffte Raum, andere zu finanzieren, etwa auch Griechenland.

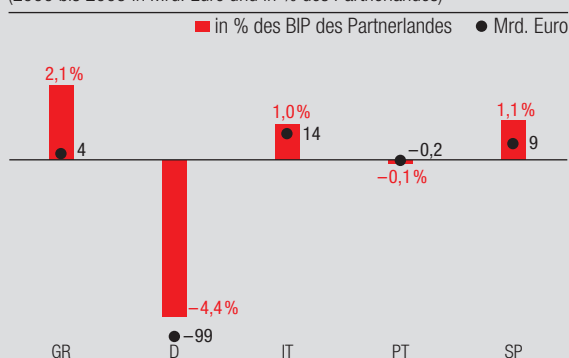
Diese Analyse zeigt, nicht nur der Euro ist dafür verantwortlich, dass Länder wie Griechenland und Deutschland in einem Boot sitzen. Der Euro dürfte jedoch wesentlich dazu beigetragen haben, dass beide Seiten dieses Ungleichgewicht länger aufrecht erhalten konnten als ohne eine gemeinsame Währung. Dementsprechend sind nun auch das Leid und die Verwerfung größer, die Lösung schwieriger. Zudem brauchen wir Lösungen für:

- die Überschuldung mancher Länder
- den Abbau des Ungleichgewichts
- eine ernsthafte wirtschaftspolitische Koordination im Euroraum
- einen bindenden Pakt für die Staatshaushalte.

Zur Disposition steht nicht weniger als die Gemeinschaftswährung.

Grafik 3: Österreichs Handelsbilanz

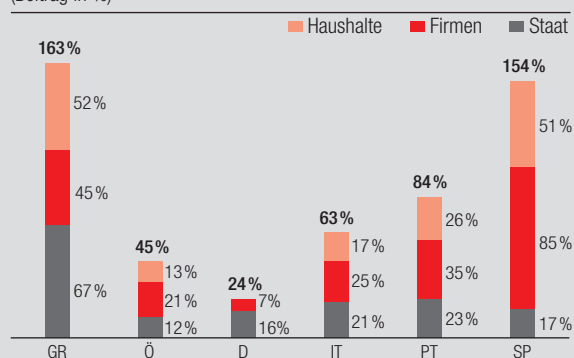
(2000 bis 2009 in Mrd. Euro und in % des Partnerlandes)



Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Grafik 4: Anstieg der Verschuldung seit 2000

(Beitrag in %)



Quelle: EU, OeNB, nationale Notenbanken, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Fokus

Was ist CSR?

Fred Luks / fred.luks@unicreditgroup.at

CSR steht für Corporate Social Responsibility. Mit diesem Begriff verbinden sich aktuelle Diskurse über verantwortliches Wirtschaften und betriebliche Nachhaltigkeit, aber auch Debatten über Freiwilligkeit und die Rolle staatlicher und nichtstaatlicher Normsetzungen für die Wirtschaft. CSR ist die unternehmerische Anwendung des gesellschaftlichen Leitbildes „nachhaltige Entwicklung“ (siehe Report 04/2009, S. 12f.). So wie der Nachhaltigkeitsbegriff gesellschaftlich zur rhetorischen Allzweckwaffe geworden ist, findet man die Abkürzung CSR in nahezu jedem Feld, in dem soziale und ökologische Fragestellungen und ihre Relevanz für unternehmerisches Handeln erörtert werden.

Warum CSR?

Ausgangspunkt vieler Überlegungen zu CSR ist die Definition der EU-Kommission, nach der CSR als Konzept verstanden wird, „das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren.“ Die Frage nach der Freiwilligkeit und der Bedeutung von Normsetzungsprozessen, in der durchaus paradoxe Begriffe wie „freiwillige Verpflichtungen“ eine Rolle spielen, wirft grundlegende Probleme wirtschafts- und ordnungspolitischer Natur auf. Diese wichtige Diskussion kann hier nicht erörtert werden. Stattdessen geht es im Folgenden darum, die Mehrdimensionalität des Themas und den potenziellen Nutzen von CSR für Gesellschaft und Unternehmen darzustellen.

Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Bei diesem Leitbild hat man es immer mit mindestens drei Dimensionen zu tun: Soziales, Ökologie und Wirtschaft. Die drei Dimensionen stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander, ihr Ausgleich erfordert gesellschaftliche Diskurse ebenso wie kluges Abwägen bei Einzelentscheidungen. Diese Entscheidungen stehen, wenn gesellschaftliche Verantwortung in das Zielsystem eines Unternehmens integriert wird, stets im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen. So gesehen, führt CSR zu einer erhöhten Komplexität unternehmerischen Handelns.

Man kann zwei „Quellen“ von CSR unterscheiden. Die eine liegt in den ethischen Werthaltungen von Unternehmen, die oft in Leitbildern, Chartas, Mission Statements oder Codes of Conduct festgehalten sind und die gleichsam die Wertebasis des jeweiligen Unternehmens formulieren. Solche Werte – wie Fairness, Good Citizenship oder Transparenz – sind meist gut mit Zielsetzungen

wie Verantwortung und Nachhaltigkeit verbindbar. Die andere Quelle – und es gibt Anlass zu der Vermutung, dass diese sich als nachhaltiger erweisen wird – ist der viel zitierte „business case“, also die ökonomische Motivation zu sozial und ökologisch verantwortlichem und nachhaltigem Handeln. Immer mehr Unternehmen erkennen: Verantwortlich und nachhaltig zu handeln, ist Voraussetzung für den Erfolg – so wie umgekehrt der wirtschaftliche Erfolg notwendige Bedingung für nachhaltig verantwortungsvolles Handeln ist.

Die drei Dimensionen von CSR

Wie auf der gesellschaftlichen Ebene der Gerechtigkeitsaspekt im Vordergrund steht, dominiert bei der unternehmerischen Nachhaltigkeit das Ökonomische, das gleichsam der Ausgangs- und Endpunkt von Corporate Social Responsibility ist. „Social“ in diesem Zusammenhang mit „sozial“ zu übersetzen (wie das oft geschieht), entspricht nicht dem Gegenstand. Es geht, wie schon angemerkt, um *gesellschaftliche* Verantwortung, und die betrifft eben mehr Felder als das soziale Engagement von Unternehmen: Ökologische Fragen gehören zum Kern unternehmerischer Verantwortung – und eben auch, wie zuletzt die Finanzkrise eindringlich gezeigt hat, genuin ökonomische Themen (siehe Abbildung 1).

Die Dreidimensionalität gilt für CSR also ebenso wie für die Nachhaltigkeit. Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Nachhaltigkeit und CSR: Unternehmerische Verantwortung hat als Leitbild mittlerweile einen Verbreitungs- und Allgemeinheitsgrad erreicht, der eine Identifikation dessen erschwert, was eigentlich nicht zur CSR gehört. Und wie beim Nachhaltigkeitsleitbild kann man hier Chancen ebenso wie Risiken entdecken. Die Chancen liegen unter anderem in der erfolgreichen Verbindung von wirtschaftlichen und sozial-ökologischen Zielsetzungen. Zu den Dingen, die man mit CSR machen kann, zählen unter anderem:

- Kosten sparen
- Reputation stärken
- Kunden ansprechen
- Mitarbeiter motivieren
- Markenprofil schärfen
- Innovationen vorantreiben
- Risiken erkennen und minimieren

Hierin liegen eindeutig – auch und gerade ökonomisch betrachtet – Vorteile, die ein Unternehmen nutzen kann, wenn es sich gesellschaftlich verantwortlich verhält. Auf der Suche nach dem „business case“ kann man hier also fündig werden. So wird denn auch in diesem Zusammenhang oft mit Win-Win-Situationen argumentiert, wenn es um die Durchsetzung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen geht.

Wenn vor diesem Hintergrund von einem Siegeszug von CSR gesprochen wird, mag das rhetorisch korrekt diagnostiziert sein, wäre inhaltlich aber verfehlt oder zumindest verfrüht. Denn obwohl die Vorteile von CSR auf der Hand zu liegen scheinen, sind die Zielsetzungen dieses Leitbildes doch weit davon entfernt, auf breiter Front Kernbestand unternehmerischen Handelns zu sein. Dies liegt daran, dass CSR eben nicht nur Vorteile hat, sondern auch Kosten verursachen kann und im Extremfall ganze Geschäftsmodelle in Frage zu stellen vermag. „Echte“ CSR hat wie Nachhaltigkeit nicht nur mit Aktion und Innovation zu tun, sondern auch mit Nichthandeln, „Exnovation“ und dem Verzicht auf Gewinnmöglichkeiten. So verzichten immer mehr Unternehmen beispielsweise auf Geschäftsmöglichkeiten, wenn diese Möglichkeiten mit menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, Klimaschädigung, Tierquälerei und Waffenproduktion zu tun haben.

Stakeholder, Reputation und Integration

Heute wissen die meisten Unternehmen, dass sie ihre „Stakeholder“ zufrieden stellen müssen, wenn sie erfolgreich sein wollen. Nicht erst seit der Finanzkrise ist offensichtlich, dass man sich als auf das Umfeld angewiesener und in diesem Sinne durchaus auch fragiler Akteur damit zu befassen hat, wie dieses Umfeld das Unternehmen sieht. Das gilt nicht für jeden Wirtschaftssektor gleichermaßen, aber Reputation ist letztlich überall ein zentraler Erfolgsfaktor. Reputation ist die Wahrnehmung eines Unternehmens durch seine Stakeholder, also Kundschaft, Beschäftigte, Zulieferer, Anrainer, Nichtregierungsorganisationen, Medien und so weiter. Im Reputationsthema liegt wohl auch ein Schlüssel für den Erfolg und die künftige Entwicklung von CSR. Heute lässt sich feststellen, dass CSR zwar immer noch auch für reine Werbezwecke eingesetzt wird, die Substanz von Aktivitäten im Bereich der CSR aber deutlich zugenommen hat und dass diejenigen, die sogenanntes „greenwashing“ betreiben, mittlerweile ein erhebliches Reputationsrisiko eingehen.

Es wird deutlich, dass sich das Verständnis von unternehmerischer Verantwortung gewandelt hat, was nicht zuletzt auf die Verbreitung des gesellschaftlichen Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung zurückzuführen ist. Ein eher traditionelles Verständnis unternehmerischer Verantwortung folgte dem oft Milton Friedman zugeschriebenen Diktum, nach dem gilt: „The business of business is business.“ Nach dieser Lesart müssen Unternehmen Gewinne machen – und sonst gar nichts. Unternehmerische Verantwortung heißt dann, ökonomisch erfolgreich zu sein und damit positiv zu wirken. Über diese Haltung hinaus geht eine Interpretation von Verantwortung, nachdem ein Teil des erwirtschafteten Gewinns für gute Zwecke verwendet werden sollte, zum Beispiel in Form von Spenden. Ein rein additives Verständnis unternehmerischer Verantwortung, das Nachhaltigkeitsthemen dem „eigentlichen“ Geschäft nur hinzufügt, ist heute nicht angemessen. Gutes zu tun und darüber zu sprechen ist gewiss nach wie vor Teil von verantwortlichem unternehmerischem Handeln – ein zeitgemäßes Verständnis geht darüber aber weit hinaus. Heute, so wohl eine Mehrheitsmeinung, kommt es auf die Integration von Nachhaltigkeit und Verantwortung in das Kerngeschäft an. Nach dieser Sicht gilt es, ökonomische, soziale und ökologische Themen zusammenzudenken und

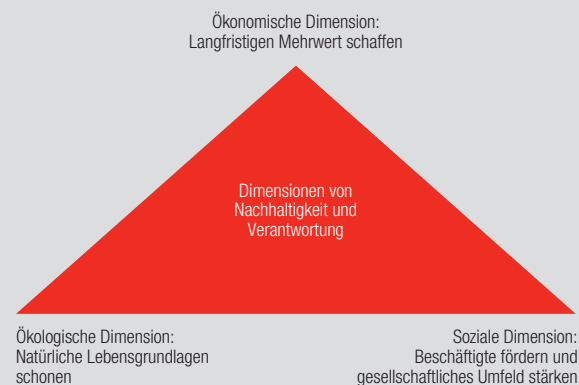
darauf hinzuwirken, dass die Balance zwischen diesen Dimensionen der Nachhaltigkeit stimmt. Damit betrifft diese Form von CSR praktisch alle Bereiche unternehmerischen Handelns.

Unter der Überschrift CSR werden in der Zukunft wahrscheinlich vermehrt Dinge geschehen, die durch das gesellschaftliche Leitbild „nachhaltige Entwicklung“ inspiriert sind, aber eben auch wesentlich mit geschäftlichem Erfolg zu tun haben. Deshalb sprechen Unternehmen wie die Bank Austria lieber von Corporate Sustainability als von CSR. Wie gesagt, ein zeitgemäßer Zugang zu diesem Thema betont die Integration von Nachhaltigkeit und Verantwortung in alle Unternehmensbereiche. Bei der Umwelt gilt dies für betriebs- und produktökologische Verbesserungen.

Im Hinblick auf die sozial-gesellschaftliche Dimension geht es vor allem um den Umgang mit den Beschäftigten, aber auch um den Beitrag von Unternehmen zur gedeihlichen Entwicklung ihres Umfeldes. Sponsoringaktivitäten können hier ebenso verortet werden wie Corporate Volunteering. Der aktive Umgang mit Stakeholdern ist hier ebenfalls einzuordnen. Immer mehr Unternehmen verstehen, dass man im aktiven Dialog mit seinen Anspruchsgruppen über die Erkennung von Reputationsrisiken hinaus eine Menge lernen kann. Dass all dies dezidiert ökonomische Fragen berührt und beispielsweise Produktökologie nicht nur die Umweltverantwortung eines Unternehmens berührt, sondern auch Gewinn- und Innovationsmöglichkeiten, wird zunehmend erkannt.

Es geht bei Nachhaltigkeit und CSR um gesellschaftspolitische Grundsatzfragen – aber auch um den Spielraum, den Unternehmen haben und innerhalb dessen sie entscheiden können und müssen, ob sie viel oder wenig Wert auf Verantwortung legen. Die Bewältigung der „multiplen Krise“, die angesichts von Finanz-, Klima-, Armuts- und anderen Großproblemen von manchen diagnostiziert wird, wird möglicherweise nicht oder nur sehr verzögert in Gang kommen, wenn sich Unternehmen nicht aktiv an dieser gesellschaftlichen Herausforderung beteiligen.

Abbildung 1:
Verantwortung und Nachhaltigkeit: Dimensionen



Daten und Fakten

Österreich

BIP/Entstehung

real	2006	2007	2008	2009
BIP	3,5	3,5	2,0	-3,6
Land- und Forstwirtschaft	-0,8	8,4	4,2	-1,8
Sachgütererzeugung u. Bergbau	7,8	6,5	4,7	-9,0
Energie- u. Wasserversorgung	-5,7	2,3	5,8	4,6
Bauwesen	-0,6	6,8	1,8	-5,4
Handel	0,8	0,7	0,6	-3,1
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	3,4	2,7	3,1	-4,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	5,4	3,2	0,2	-5,2
Kredit- u. Versicherungswesen	7,0	6,0	2,1	-7,5
Realitätenwesen	4,4	2,8	2,2	-1,5
Öffentliche Dienste	2,0	-0,1	1,5	1,3
Sonstige Dienstleistungen	1,7	1,4	2,2	2,4

BIP/Verwendung

real	2008	2009	2010	2011
			Prognose BA	
BIP	2,0	-3,6	1,3	1,4
Privater Konsum	0,8	0,4	0,7	1,0
Öffentlicher Konsum	3,2	1,2	1,3	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	-7,8	-1,0	1,8
Ausrüstungen	0,0	-12,1	-1,0	4,0
Bauten	1,8	-6,1	-1,0	0,0
Exporte i.w.S.	0,8	-15,5	5,2	4,0
Waren	0,2	-17,7	5,4	4,0
Reiseverkehr	7,1	-5,5	4,1	4,0
Importe i.w.S.	-0,7	-13,6	4,3	3,8
Waren	-0,5	-14,7	4,3	3,8
Reiseverkehr	-2,6	-1,1	4,0	4,2

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion* Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
2003	2,2	11,0	1,2	1,0	3.184,8	0,9	7,0	1,3
2004	7,4	2,8	2,1	-0,7	3.198,6	0,4	7,1	2,1
2005	4,4	4,5	2,5	1,8	3.230,3	1,0	7,3	2,3
2006	7,4	14,5	2,3	0,1	3.280,9	1,6	6,8	1,5
2007	6,4	6,9	2,9	1,8	3.344,0	1,9	6,2	2,2
2008	0,9	12,4	3,5	4,3	3.420,5	2,3	5,8	3,2
2009	-13,3	-4,2	1,2	-1,9	3.373,5	-1,4	7,2	0,5
Mai 2009	-19,0	-7,2	-1,1	-11,4	3.371,1	-1,5	6,6	0,3
Juni 2009	-16,6	-6,2	-0,1	-0,6	3.394,1	-1,8	6,3	-0,1
Juli 2009	-12,7	-6,9	2,3	-4,9	3.450,8	-1,9	6,3	-0,3
Aug. 2009	-15,5	-4,7	0,9	4,5	3.426,6	-1,9	6,5	0,3
Sept. 2009	-14,4	-3,3	2,2	1,9	3.404,0	-1,9	6,4	0,1
Okt. 2009	-10,1	-6,7	2,0	-1,7	3.376,2	-1,7	6,8	0,2
Nov. 2009	-4,1	-4,0	2,0	-1,8	3.356,4	-1,5	7,1	0,7
Dez. 2009	-5,0	8,2	3,2	-2,0	3.316,5	-1,3	8,6	1,0
Jän. 2010	-2,9		0,4	-1,6	3.300,4	-1,1	8,9	1,2
Feb. 2010	1,1		3,0	-1,4	3.315,5	-0,7	8,6	1,0
März 2010					3.375,6	0,6	7,3	2,0

*) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J			Wechselkurs		
	Mitte April 2010	Ende Juni 2010	Ende Dez. 2010	Mitte April 2010	Ende Juni 2010	Ende Dez. 2010	Mitte April 2010	Ende Juni 2010	Ende Dez. 2010
Euroland	0,65	0,70	1,00	3,09	3,30	3,80	x	x	x
USA	0,32	0,29	0,35	3,79	3,85	4,50	1,33	1,39	1,38
Japan	0,24	0,35	0,40	1,32	1,60	1,80	124,48	128,00	137,00
UK	0,66	0,65	1,30	4,04	4,25	4,80	0,87	0,91	0,86
Schweiz	0,24	0,50	0,90	1,86	2,60	3,30	1,43	1,47	1,48

Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, Statistik Austria, Thomson Financial, UniCredit Research

Daten und Fakten

International

BIP (real, VdG. in %)

	Prognose						Prognose					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Österreich	3,5	3,5	2,0	-3,6	1,3	1,4	1,7	2,2	3,2	0,5	1,8	2,0
Deutschland	3,4	2,6	1,0	-4,9	1,4	1,5	1,6	2,3	2,6	0,3	1,0	1,2
Euroland	3,1	2,7	0,6	-4,0	0,9	1,3	2,2	2,1	3,3	0,3	1,3	1,8
USA	2,7	2,1	0,4	-2,4	3,0	2,5	3,2	2,9	3,8	-0,3	2,2	2,2
Japan	2,0	2,4	-0,7	-5,3	1,4	1,6	0,2	0,0	1,4	-1,3	-1,0	-0,3
GB	2,8	3,0	0,7	-4,8	1,3	2,3	2,3	2,3	3,6	2,2	2,5	2,3
Schweiz	3,6	3,6	1,8	-1,4	1,6	1,5	1,1	0,7	2,4	-0,5	1,2	1,5

*) für Euroländer HVPI

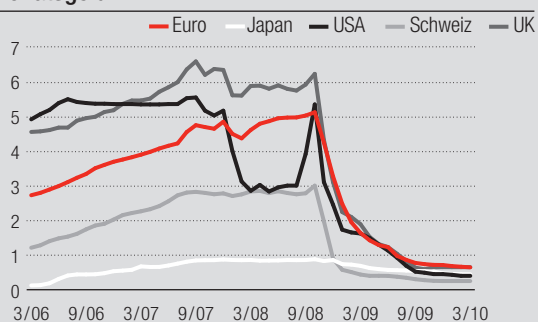
VPI (in %)*

Budgetsaldo (in % des BIP)

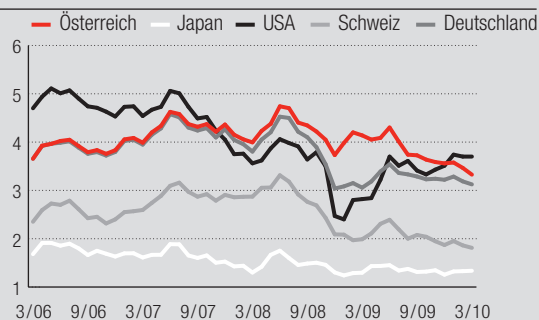
	Prognose						Prognose					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Österreich	-1,6	-0,6	-0,4	-3,4	-5,0	-4,1	2,8	3,6	3,2	1,8	2,0	2,0
Deutschland	-2,2	-0,1	-0,3	-3,3	-5,4	-4,6	-	-	-	-	-	-
Euroland	-2,1	-0,9	-1,5	-6,3	-7,0	-6,1	-0,3	0,2	-0,4	-0,8	-0,2	0,0
USA	-1,9	-1,2	-3,1	-9,9	-9,4	-7,7	-6,5	-5,4	-4,9	-3,0	-3,4	-3,7
Japan	-4,3	-3,3	-3,1	-9,2	-8,6	-9,0	3,7	4,8	3,8	2,9	3,6	3,8
GB	-2,7	-2,7	-5,3	-12,6	-13,3	-12,5	-3,9	-4,2	-3,8	-3,4	-3,7	3,7
Schweiz	-	-	-	-	-	-	14,3	15,4	9,0	8,0	9,2	10,5

Leistungsbilanz (in % des BIP)

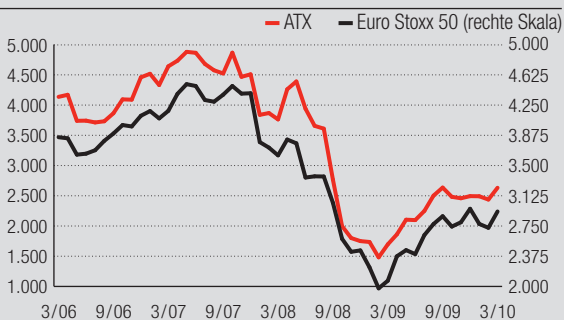
3-Monatsgeld



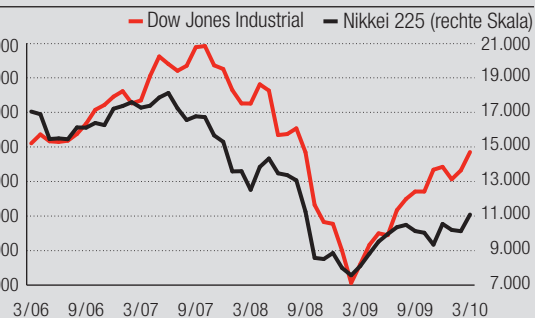
Sekundärmarktrendite



ATX/Euro Stoxx



Dow Jones/Nikkei 225



Daten und Fakten

Osteuropa

BIP (real, Vdg. in %)

VPI (Jahresdurchschnitt in %)

	BIP (real, Vdg. in %)						VPI (Jahresdurchschnitt in %)					
	2006	2007	2008	2009	Prognose		2006	2007	2008	2009	Prognose	
					2010	2011					2010	2011
Bulgarien	6,3	6,2	6,0	-5,0	-1,0	2,2	7,3	8,4	12,4	2,8	2,5	2,4
Estland	10,4	6,3	-3,5	-14,1	-1,3	3,4	4,4	6,6	10,4	-0,1	-0,3	1,7
Lettland	12,2	10,0	-4,6	-18,0	-2,5	5,5	6,5	10,1	15,5	3,6	-3,0	1,5
Litauen	7,8	8,9	2,8	-15,0	-3,0	3,0	3,7	5,7	11,0	4,5	-0,4	0,9
Polen	6,2	6,8	4,9	1,7	2,6	2,7	1,0	2,5	4,2	3,5	2,3	2,6
Rumänien	7,9	6,2	7,1	-7,1	0,4	3,5	6,6	4,8	7,9	5,6	4,0	3,9
Slowakische Republik	8,5	10,6	6,2	-4,7	3,1	3,8	4,5	2,8	4,6	1,6	1,3	3,0
Slowenien	5,9	6,8	3,5	-7,8	0,6	1,5	2,5	3,6	5,7	0,9	1,6	2,5
Tschechische Republik	6,8	6,1	2,5	-4,2	1,6	2,4	2,5	2,8	6,3	1,0	1,3	2,0
Ungarn	4,0	1,0	0,6	-6,3	-0,1	2,8	3,9	8,0	6,1	4,2	4,2	2,3
EU-10	6,6	6,3	4,0	-3,7	1,4	2,9	3,1	4,2	6,2	3,2	2,2	2,6
Kroatien	4,7	5,5	2,4	-5,8	-1,0	1,3	3,2	2,9	6,1	2,4	1,5	2,4
Türkei	6,9	4,7	0,7	-4,7	4,5	4,5	9,6	8,8	10,5	6,3	8,4	5,7
Bosnien-Herzegowina	6,7	6,8	5,4	-3,5	-1,0	0,8	6,1	1,5	7,4	-0,4	2,1	2,2
Russland	7,7	8,1	5,6	-7,9	3,4	5,0	9,7	9,0	14,1	11,7	6,4	6,9
Serbien	5,2	6,9	5,5	-3,0	-0,5	2,2	12,7	6,5	11,7	8,4	4,9	5,7
Ukraine	7,1	7,6	2,1	-15,1	3,0	4,0	9,1	12,8	25,2	16,0	11,0	10,4

Arbeitslosenquote (in %)

Budgetsaldo (in % des BIP)

	Arbeitslosenquote (in %)						Budgetsaldo (in % des BIP)					
	2006	2007	2008	2009	Prognose		2006	2007	2008	2009	Prognose	
					2010	2011					2010	2011
Bulgarien	9,1	6,9	6,3	9,1	12,5	12,2	3,6	3,5	3,0	-0,8	-3,1	-3,4
Estland	5,9	4,7	5,5	13,8	15,5	14,7	3,3	2,7	-2,9	-2,8	-3,0	-3,0
Lettland	6,8	6,0	7,5	17,2	21,8	18,2	-0,5	-0,4	-4,0	-8,6	-8,6	-6,7
Litauen	5,6	4,3	5,8	13,5	16,6	16,3	-0,4	-1,2	-3,2	-9,1	-9,2	-7,4
Polen	16,2	12,7	9,8	11,0	12,6	12,4	-1,8	-2,0	-3,6	-7,2	-7,1	-6,6
Rumänien	5,4	4,3	4,0	6,3	8,5	7,0	-1,6	-2,3	-4,9	-7,4	-6,0	-5,0
Slowakische Republik	13,3	11,0	9,6	12,1	13,0	12,6	-3,5	-1,9	-2,3	-6,0	-5,7	-5,2
Slowenien	6,0	4,9	4,5	5,9	6,8	6,3	-1,3	0,0	-1,8	-5,6	-6,6	-6,5
Tschechische Republik	8,1	6,6	5,5	8,1	9,5	9,3	-2,6	-0,7	-2,1	-6,6	-5,5	-5,0
Ungarn	7,5	7,3	7,8	9,8	11,5	11,0	-9,4	-5,0	-3,7	-3,9	-5,0	-4,0
EU-10	10,8	8,7	7,5	9,8	11,5	11,0	-2,6	-1,8	-3,2	-6,4	-6,2	-5,6
Kroatien	11,2	9,6	8,4	9,4	10,0	9,6	-2,6	-2,0	-1,4	-3,9	-4,9	-4,2
Türkei	10,2	10,3	11,0	14,0	13,7	13,4	-0,6	-1,6	-1,8	-5,5	-4,8	-3,9
Bosnien-Herzegowina	44,5	44,0	40,3	41,5	42,5	42,0	2,2	-0,1	-4,0	-5,2	-4,5	-4,2
Russland	6,7	5,6	6,3	8,4	8,1	7,4	8,4	6,0	4,8	-8,4	-5,7	-4,5
Serbien	20,9	18,1	13,7	16,1	16,8	16,5	-1,4	-1,6	-2,0	-4,2	-4,0	-3,5
Ukraine	6,8	6,4	6,4	10,5	9,4	8,2	-0,7	-1,4	-1,3	-11,3	-6,2	-3,9

Daten und Fakten

Osteuropa

Leistungsbilanz (in % des BIP)

	Prognose						Prognose					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Bulgarien	-18,4	-26,8	-24,0	-9,4	-6,4	-7,2	82,0	100,3	108,4	111,0	111,3	110,7
Estland	-16,7	-18,1	-9,4	4,7	6,2	3,6	97,7	112,4	118,5	130,7	122,2	115,3
Lettland	-22,5	-23,8	-13,0	9,4	8,7	6,9	114,0	135,1	128,5	147,0	154,2	133,2
Litauen	-10,6	-14,6	-11,9	3,2	4,5	3,9	60,2	72,3	71,6	91,6	95,6	92,3
Polen	-2,7	-4,7	-5,1	-1,6	-2,0	-2,2	46,6	48,4	56,7	61,9	57,6	57,7
Rumänien	-10,4	-13,5	-12,3	-4,4	-5,1	-5,7	29,3	31,3	37,6	55,4	57,2	56,0
Slowakische Republik	-7,1	-5,3	-6,5	-3,5	-3,7	-4,3	57,6	59,0	55,4	71,6	78,8	83,2
Slowenien	-2,5	-4,2	-6,2	-1,0	-1,4	-2,4	77,6	100,7	105,1	115,0	119,1	122,7
Tschechische Republik	-2,4	-3,2	-0,6	-1,0	0,0	-0,6	37,0	38,9	42,2	39,4	40,0	40,2
Ungarn	-7,1	-6,5	-7,1	0,2	-1,0	-1,2	90,3	97,8	116,4	140,1	150,0	130,0
EU-10	-6,0	-7,8	-6,9	-1,6	-1,8	-2,3	54,2	59,1	65,2	74,7	74,7	71,8
Kroatien	-6,9	-7,6	-9,2	-5,2	-4,4	-4,6	74,9	77,7	82,4	98,3	104,3	106,5
Türkei	-6,1	-5,9	-5,6	-2,3	-3,8	-4,2	39,2	38,5	37,8	46,4	46,0	48,0
Bosnien-Herzegowina	-7,9	-10,4	-15,1	-7,6	-6,3	-6,5	-	-	-	-	-	-
Russland	9,5	6,1	6,1	3,8	5,4	4,0	31,4	35,9	35,4	38,7	30,1	30,6
Serbien	-13,5	-16,0	-14,1	-5,7	-6,9	-7,1	64,0	61,8	65,3	74,6	81,8	84,4
Ukraine	-1,4	-3,9	-6,9	-1,7	0,1	-0,6	48,5	55,0	59,0	89,1	77,5	65,7

Auslandsverschuldung (in % des BIP)

Leitzinssatz p. a. (Periodenende in %)

	Prognose						Prognose					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Bulgarien	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Estland	-	-	-	-	-	-	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Lettland	5,00	6,00	6,00	4,00	4,00	3,00	0,70	0,70	0,70	0,70	0,76	0,91
Litauen	-	-	-	-	-	-	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Polen	4,00	5,00	5,00	3,50	3,75	4,25	3,90	3,78	3,52	4,33	4,05	3,95
Rumänien	8,75	7,50	10,25	8,00	6,25	5,75	3,52	3,34	3,68	4,24	4,12	4,05
Slowakische Republik	4,75	4,25	2,50	EZB	EZB	EZB	37,2	33,8	31,3	EUR	EUR	EUR
Slowenien	3,50	EZB	EZB	EZB	EZB	EZB	239,6	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Tschechische Republik	2,50	3,50	2,25	1,00	1,25	2,75	28,3	27,8	25,0	26,4	25,6	25,5
Ungarn	8,00	7,50	10,00	7,00	5,00	5,00	264,2	251,3	251,7	280,3	270,0	265,0
EU-10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kroatien	-	3,5	6,0	6,0	6,0	6,0	7,33	7,34	7,22	7,34	7,35	7,32
Türkei	17,50	15,75	15,00	6,50	7,75	8,25	1,81	1,79	1,91	2,16	2,09	2,03
Bosnien-Herzegowina	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Russland	6,04	6,05	9,17	6,00	5,50	5,75	34,1	35,0	36,5	44,1	40,5	40,0
Serbien	14,00	10,00	17,75	9,50	7,50	7,00	84,4	80,0	81,5	94,1	99,0	101,0
Ukraine	8,50	8,00	12,00	10,25	9,50	9,75	6,3	6,9	7,7	11,2	10,7	9,5

Wechselkurs zum Euro (Jahresdurchschnitt)



JETZT GEHT'S LOS: Das Start-Up-Package für Firmengründungen.

Bang – so plötzlich man eine Geschäftsidee haben kann, so schwierig gestaltet sich die Realisierung. Die Bank Austria unterstützt Sie deshalb mit einem speziellen Servicepaket – vom ersten Beratungsgespräch über die Finanzierung bis hin zu Ihren ersten unternehmerischen Entscheidungen. Dabei bieten wir Ihnen auch ganz konkrete Hilfestellungen wie Checklisten, Kostenpläne oder Berechnungshilfen. Und darüber hinaus gibt es um 15 Euro unseren Start-Up-Planner – damit in Ihrem Business von Anfang an alles nach Plan läuft. www.bankaustria.at